

Inhaltsverzeichnis

1. Brunswick Group	
2. Lobby-Agenturen	
3. Monsanto	
4. Bayer	
5. Siemens	
6. Krauss-Maffei Wegmann	
7. Lobbyregister	
8. Lobbyregister EU	
9. Sigmar Gabriel	
10. Centre for European Policy Studies	
11. American Chamber of Commerce to the European Union	

Brunswick Group

Die **Brunswick Group** ist eine international tätige PR- und Lobbyagentur, die sich auf das Krisenmanagement und Corporate Relations spezialisiert hat.^[1]

Brunswick Group	
Branche	PR, Finanz- und
Webadresse	Brüssel www.brunswickgroup.com

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	2
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	3
2.1 Brunswick Berlin	3
2.2 Brunswick Brüssel	3
2.3 Berater	3
3 Mitgliedschaften	4
4 Fallbeispiele	4
5 Siehe auch	4
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
7 Einzelnachweise	4

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Brunswick ist eine in 18 Ländern tätige PR-Agentur, die in ihren 27 Niederlassungen ca. 1.200 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt.^[2] Vorsitzende und Gründer der Brunswick Group sind [Parker](#) und [Louise Charlton](#). CEO ist [Neal Wolin](#).

Es gibt vier Tochterunternehmen, die sich auf einzelne Bereiche spezialisiert haben: [Brunswick Arts](#), [MerchantCantos](#), [The Lincoln Centre](#), und [Blaise Projects](#). Brunswick Arts konzentriert sich beispielsweise auf die Interessen von Kunst, Kultur und Wohlfahrtsorganisationen und MerchantCantos kümmert sich um kreative Kommunikationsstrategien seiner Kunden.^[3]

Brunswick Deutschland war als Berater bei einer Reihe grenzüberschreitender Transaktionen tätig wie dem geplanten Erwerb von [Monsanto](#) durch [Bayer](#), der Fusion von [Siemens](#) und dem spanischen Unternehmen [Gamesa](#), dem Erwerb der [Krauss-Maffei Wegmann](#) durch Chemchina und dem Erwerb des Roboterherstellers [Kuka](#) durch die chinesische Midea-Gruppe.^[4]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Brunswick ist weltweit in den politischen Zentren (Washington D.C., Brüssel, Berlin, London, Paris, Beijing, u. a.) angesiedelt. Von dort aus vertritt die Beratungsagentur die Interessen ihrer Klienten gegenüber der Politik.

Brunswick Berlin

Die 2006 eröffnete Niederlassung ist auf Lobbyaktivitäten spezialisiert.^[5] Direktoren und Partner sind:

- Alexander Grube (Associate), arbeitete 14 Jahre lang als Kampagnen-Strategie und Redenschreiber in der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Ulrich Deupmann (Senior-Partner und EU-Cheflobbyist) war politischer Korrespondent bei einer Reihe von Zeitungen (Süddeutsche Zeitung, Berliner Zeitung, Spiegel und Bild am Sonntag), danach Berater und Redenschreiber des damaligen Außenministers und Vizekanzlers Frank-Walter Steinmeier (SPD)
- Joachim Peter (Senior-Partner) war Korrespondent (Die Welt) und von 2010 bis 2011 Leiter des vom damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor von Guttenberg (CSU) ins Leben gerufenen Referats „strategische Kommunikation“ des Verteidigungsministeriums
- Arne Lietz (Director), Senior Policy Advisor am Ecologic Institute in Berlin, ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD)

(Stand: Dezember 2023)

Brunswick Brüssel

Die Brüsseler Niederlassung konzentriert sich auf Lobbyarbeit und Regulierungsfragen, Medienarbeit und die Reputationsverbesserung von Unternehmen.^[6] Im November 2010 trug es sich in das EU-Transparenzregister ein, zweieinhalb Jahre nach der Schaffung dieses freiwilligen [Lobbyregisters](#) durch die EU-Kommission. Darin wirbt die Gruppe mit Sachkompetenz in den Abläufen der EU-Politik und bietet strategische Beratung, sowie Medienkontakte. Als Tätigkeit gibt die Gruppe im [Transparenz-Register der EU](#) an, Lobbyarbeit zu betreiben, um die Gesetzgebung zu beeinflussen. 20 Vertreter der Brunswick Group halten eine dauerhafte Zugangserlaubnis zu den Räumen des Europäischen Parlaments. Nach eigenen Angaben vertreten sie die Interessen ihrer Kunden zu einem breiten Spektrum von Themen, darunter Energie, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Steuern, Umwelt und Verkehr. Kunden sind unter anderen Bank of America, Intercontinental Exchange, Amazon und Bell Helicopters. Mit ihrer Lobbyarbeit in Brüssel entstanden der Brunswick Group 2015/2016 zwischen 1,75 und 2 Millionen Euro.^[7]

Das Team in Brüssel ist [hier](#) abrufbar. Teamleiter ist Nick Blow, Partner, ehem. Berater eines Mitglied des Europäischen Parlaments, ehem. NGO-Campaigner.

Berater

Seit 2022 ist der ehem. SPD-Politiker [Sigmar Gabriel](#) geopolitischer Berater^[8]

Mitgliedschaften

American European Community Association, [Centre for European Policy Studies](#), British Chamber of Commerce in Belgium und [American Chamber of Commerce to the European Union](#)^[9]

Fallbeispiele

Brunswick steht der britischen Labour Party nahe und hat 1999 ca. 8.000 Euro für Karten für ein Abendessen ausgegeben und 2001 knapp 15.000 Euro für Parteispenden. Die Firma stellte auch einen Mitarbeiter, der umsonst für die britische Regierung an dem "Financial Services and Markets Act" von 2000 mitarbeitete. Aus diesem Gesetz ging die britische Finanzaufsicht "Financial Services Authority (FSA)" hervor. Einige Mitarbeiter von Brunswick arbeiteten zeitweilige auch bei der FSA. Durch solche Verknüpfungen ist Brunswick für Klienten als Lobbyagentur besonders attraktiv. Ein Spezialgebiet der Brunswick Group ist das Krisenmanagement. So konnten sie beispielsweise BP nach der Deepwater Horizon-Katastrophe auf ihre Klientenliste setzen. Auch für die Bergbauindustrie in Südafrika starteten sie eine Imagekampagne.^[10]

Siehe auch

- [PR-Agenturen](#)
- [Lobbyregister EU](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

- ↑ [About us](#), brunswickgroup.com, abgerufen am 02.04.2017
- ↑ [Über Brunswick](#), brunswickgroup.com, abgerufen am 20.01.2024
- ↑ [About us](#), brunswickgroup.com, abgerufen am 02.04.2017
- ↑ [Christian Lawrence to join Brunswick as a Partner in Munich](#), 23.01.2017, brunswickgroup.com, abgerufen am 31.03.2017
- ↑ [Berlin](#), brunswickgroup.com, abgerufen am 02.04.2017
- ↑ [Brussels](#), brunswickgroup.com, abgerufen am 02.03.2017
- ↑ [EU Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 01.03.2017
- ↑ [Gabriel berät Brunswick](#), politik-kommunitaion.de vom 14.02.2022, abgerufen am 11.01.2024
- ↑ [EU Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 01.03.2017
- ↑ [sourcewatch.de](#) Parteispenden; vom 24.11.2013 gesehen am 24.04.2015

Lobby-Agenturen

Lobby-Agenturen sind Unternehmen, die Lobbyismus als Dienstleistung anbieten. Dabei vertreten Lobby-Agenturen nicht ihre eigenen Anliegen, sondern lobbyieren für die Interessen ihrer Kund:innen.

Auftraggeber von Lobby-Agenturen sind fast ausschließlich Unternehmen und Unternehmensverbände. Diese Kundschaft der Lobby-Agenturen kann damit gegen Geld auf das breite politische Netzwerk der Agenturen zugreifen und sich so Zugänge zu politischen Entscheidungsträger:innen kaufen. Außerdem kumulieren die Lobby-Agenturen Wissen und Erfahrung darüber, welche Instrumente und Strategien der Interessenvertretung besonders erfolgversprechend sind.

Zahlungskräftige Kundschaft kann gleichzeitig mehrere Agenturen beauftragen. So beauftragte der Bayer-Konzern in den Jahren 2022 und 2023 mindestens vier Lobby-Agenturen, darunter [FGS Global](#), [Rud Pedersen](#) und [EUTOP](#), die gleichzeitig zu den größten Lobby-Agenturen in Deutschland gehören.

Für Lobby-Agenturen ist es besonders attraktiv, ehemalige Politiker:innen, deren Mitarbeiter:innen oder Beamte und Angestellte aus Ministerien anzustellen. Mehr zu solchen Seitenwechseln → [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#) So bekommen die Agenturen Zugang zu den persönlichen Netzwerken dieser Seitenwechsler:innen und können darüber hinaus vom Insiderwissen dieser Personen profitieren.

Lobby-Agenturen haben häufig thematische Spezialgebiete (z.B. [friedrich30](#): Sicherheitspolitik).

Nur durch aussagekräftige [Lobbyregister](#) wird die Arbeit der Lobby-Agenturen überhaupt sichtbar.

Inhaltsverzeichnis

1 Kettenbeauftragungen	5
2 Transparenzregelungen	6
3 Übersicht über die relevantesten Lobby-Agenturen in Deutschland	6
3.1 FGS Global (Europe) GmbH	7
3.2 Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH	9
3.3 EUTOP (Europe, Berlin, International, Brussels)	11
3.4 Gauly Advisors GmbH	15
3.5 Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH	17
3.6 BGA - Berlin Global Advisors GmbH	18
3.7 CONCILIUS AG	20
3.8 Brunswick Group	22
3.9 friedrich30 GmbH & Co. KG	24
3.10 Edelman GmbH	25
3.11 von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft mbH & Co. KG	26
3.12 Instinctif Deutschland GmbH	28
3.13 Christ&Company Consulting GmbH	29
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
5 Einzelnachweise	30

Kettenbeauftragungen

Ein Sonderfall bei den Aufträgen der Lobby-Agenturen sind sogenannte Kettenbeauftragungen. Man spricht von einer Kettenbeauftragung, wenn eine Agentur A einen Auftrag von einem Unternehmen erhält und diesen Auftrag an eine Agentur B weiterreicht. Das Problem dabei ist, dass das Unternehmen als Auftraggeber von Agentur B unsichtbar bleibt. Bei Unterauftragnehmer:innen (im Beispiel Agentur B) kann es sich um andere Lobby-Agenturen oder auch um Einzelpersonen handeln, die Lobbyismus im Auftrag betreiben.

Transparenzregelungen

Bis zur Einführung des Lobbyregisters 2022 waren die Geldflüsse, welche die Lobby-Agenturen aufwenden, nicht öffentlich. Jetzt sind die Agenturen verpflichtet diese Zahlen offen zu legen. Dabei sind sie verpflichtet die finanziellen Mittel, welche sie für die Lobbyarbeit verwenden, offenzulegen. Die Angaben tragen sie im [Lobbyregister des Bundestages](#) ein. Weitere Informationen dazu → [Lobbyregister Deutschland](#).

Übersicht über die relevantesten Lobby-Agenturen in Deutschland

Es folgen Steckbriefe von ausgewählten Lobby-Agenturen sortiert nach ihrem Auftragsvolumen (absteigend). Weitere Informationen sind im [Lobbyreport 2024](#) auffindbar.

FGS Global (Europe) GmbH

FGS Global (Europe) GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	2.650.001 - 2.660.000 €
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Marvel Fusion GmbH • Deutsche Wohnen SE • ADAC • AviAlliance • Bayer AG • RWE • McMakler GmbH • GlobalFoundries Dresden Module One LLC & Co. KG • Booking.com • BlackRock Asset Management Deutschland AG • Thorn • DuPont Deutschland Holding GmbH & Co. KG • BioNTech SE • Kohlberg Kravis Roberts GmbH • TikTok Germany GmbH • Intel Germany GmbH & Co. KG • A22 Sports Management S. L. • Amazon Deutschland Services GmbH • Avi Medical Operations GmbH • proSenio GmbH • Nexperia Germany GmbH • Redcare Pharmacy N.V. • Lenovo (Deutschland) GmbH • Pfizer Pharma GmbH
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	76 (1) <ul style="list-style-type: none"> • Christoph Heusgen, 2022 bis 2025 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, 2017 bis 2021 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 2005 bis 2017 außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel; • Linda Teuteberg, 2017-2025 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 2011 Mitglied im Bundesvorstand der FDP;
Kettenbeauftragungen	0

Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Bewegung Deutschland e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	14.02.2024
Bemerkungen	Umsatzstärkste Lobby- Agentur in Deutschland
Link zum Lobbyregister	FGS Global (Europe) GmbH

Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH

Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	1.650.001- 1.660.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • Swappie OY • Upfield Deutschland GmbH • Varo Energy B.V. • Rheinmetall AG • Squarehead Technology • ViGo Bioenergy GmbH • BAYERNOIL Raffineriegesellschaft mbH • OOOONO A/S • Salesforce.com Germany GmbH • W.L.Gore Associates GmbH • Contracts for Difference Verband e.V. • Industrieverband Agrar e.V. • BayerCropScience Deutschland GmbH • Deutscher Verband der Spielwarenindustrie • CropLife Europe • COMPO GmbH • Canada Pension Plan Investment Board • Samsung Electronics GmbH • Vitol SA • Chemours Deutschland GmbH • Seda Germany GmbH • Basell Polyolefine GmbH • FSV- Forum Serviceverpackungen • Talga Advanced Materials GmbH • NOVAVAY CH GmbH • Vestas Deutschland • Höegh LNG AS • Bolt Services DE GmbH • Axpo Holding AG

<p>Anzahl Lobbyist:innen</p> <p>(davon Seitenwechsler:innen)</p>	<p>29 (0)</p>
<p>Kettenbeauftragungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gerrit Gramer • Katja Suding (FDP): Vize bei FDP- Bundestagsfraktion (2017-2021), Vorsitzende FDP Bürgerschaftsfraktion (2011-2017) • Rüdiger Lentz • BerlinDialogue GbR (Agentur von Rüdiger Lentz) • Elmar Brok (CDU): 1980-2019 MdEP, 2013 bis 2018 Präsident der Union der Europäischen Förderalisten (UEF)
<p>Mitgliedschaften</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Forum für Zukunftsenergien e.V. • Verein der Freunde des Aspen Instituts e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • Europäische Bewegung Deutschland e.V.
<p>Letzte Änderung im Lobbyregister</p>	<p>06.03.2024</p>
<p>Bemerkungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • 2023 veröffentlichte Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. • Marilena Körner ist seit 10/2024 als Senior Consultant Teil des Berliner Büros von Rud Pedersen Public Affairs. Vor ihrem Wechsel war sie als wissenschaftliche Referentin sowie Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den Bundestagsabgeordneten Christoph Hoffmann (FDP) tätig.^[1] • Reinhard Göhner ist seit 10/2024 Senior Advisor im Berliner Büro von Rud Pedersen Public Affairs. Göhner war 10 Jahre Geschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), 1990 - 1994 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Justiz- und im Wirtschaftsministerium, 1983 - 2007 saß er für die CDU im Bundestag, seit 2012 sitzt er im ZDF-Rundfunkrat.^[2]
<p>Link zum Lobbyre</p>	<p>Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH</p>

gister	
---------------	--

EUTOP (Europe, Berlin, International, Brussels)

EUTOP ist eine Lobby- Agentur mit besonders vielen Kettenbeauftragungen. Die Interessenvertretung wird von vier EUTOP-Gesellschaften (EUTOP Europe GmbH, EUTOP International GmbH, EUTOP Berlin GmbH und EUTOP Brussels SRL) selbst ausgeübt oder in Auftrag gegeben. In diesem Steckbrief werden die EUTOP Agenturen in einem zusammengefasst.

EUTOP (Europe, Berlin, International, Brussels)	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	1.610.004 - 1.650.000 €
Auftraggeber: innen	<p>EUTOP International GmbH:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft • Deutsche Telekom AG • Eutop Brussels SRL • Eutop Europe GmbH • Payback GmbH • Südzucker AG • TÜV SÜD AG • Vertex Pharmaceuticals • ExxonMobil Central Europe Holding <p>EUTOP Europe GmbH:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bundesnotarkammer Körperschaft des öffentlichen Rechtsanwaltstätigkeiten • Wirtschaftsprüferkammer Körperschaft des öffentlichen Rechtsanwaltstätigkeiten • Alzchem Trostberg GmbH • Bayer AG • BayWa Aktiengesellschaft • Burda Gesellschaft mit beschränkter Haftung • Covestro Deutschland • Deutsche Post AG • DGRV- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. • EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG • Eutop Brussels SRL • Eutop International GmbH • Huawei Technologies Deutschland GmbH • Infineon Technologies AG

	<ul style="list-style-type: none"> • Kraiburg Relastec GmbH & Co. KG • Krauss- Maffei Wegmann GmbH & Co. KG • ProSiebenSat.1 Media SE • REGUPOL BSW GmbH • Tengelmann Warenhandelsgesellschaft KG • Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts • Zentralverband Oberflächentechnik e.V. • Amadeus IT Group, SA • Ferrero Deutschland GmbH • Vertanical GmbH • Autobahn Tank & Rast Gruppe GmbH &Co. KG • Daimler Truck AG • DECHEMA Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie e.V. • IU Group N.V. • Skoda TRANSPORTATION • DocMorris N.V. • PPF Group N.V. <p>EUTOP Brussels SRL:</p> <ul style="list-style-type: none"> • British American Tobacco (Industrie) GmbH
<p>Anzahl Lobbyist: innen</p> <p>(davon Seitenwechsler: innen)</p>	<p>insgesamt 40 (0)</p>
	<p>27</p> <ul style="list-style-type: none"> • Duckdalben Consulting (Johannes Kahrs, SPD): MdB 1998-2020 • ipc Unternehmensberatung (Martina Krogmann, CDU) Staatssekretärin in Niedersachsen 2010-2013, MdB 1998-2010 • N.N. (Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen): MdB 1994-2017 • Omega Networking (Volker Hoff, CDU): Minister in Hessen 2006-2009, MdL Hessen 1991-2010 • TKM Consulting (Martin Dörmann, SPD): MdB 2002-2017 • Trepública (Markus Tressel, Bündnis 90/Die Grünen): MdB 2009-2021 • Uwe Beckmeyer (SPD): Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 2013-2018 • Hans Bernhard Beus: Staatssekretär im Bundesfinanzministerium 2010-2013 und im Bundesministerium des Innern 2008-2010 • Leo Dautzenberg (CDU): MdB 1998-2011 • Karl Heinz Florenz (CDU): MdEP 1989-2019 • Sven Halldorn: Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium 2011-2014

<p>Kettenbeauftragungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ursula Heinen-Esser (CDU): Ministerin in NRW 2018–2022, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium 2007–2013, MdB 1998–2013 • Günter Heiß (CDU): Bundeskanzleramt – Koordinator Nachrichtendienste 2010–2018, Präsident Verfassungsschutz Niedersachsen 2007–2009 • Bernhard Heitzer (FDP): Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 2009–2014, Präsident Bundeskartellamt 2007–2009 • Wolfgang Herrmann: Präsident TU München 1995–2019 • Dieter-Lebrecht Koch (CDU): MdEP 1994–2019 • Hans-Ulrich Krüger (SPD): MdB 2002–2009 & 2013–2017 • Josef Leinen (SPD): MdEP 1999–2019 • Franz-Josef Lersch-Mense (SPD): Minister in NRW 2015–2017, Chef der Staatskanzlei NRW 2010–2017 • Clemens Neumann: Abteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium 2006–2019 • Alexander Pickart Alvaro (FDP): Vizepräsident Europaparlament 2011–2014, MdEP 2004–2014 • Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen): MdB 1994–2012 • Rainer Spiering (SPD): MdB 2013–2021 • Ernst Stetter (SPD): Generalsekretär Foundation for European Progressive Studies (FEPS) 2008–2019 • Ludwig Stiegler (SPD): MdB 1980–2009 • Volkmar Vogel (CDU): Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern 2020–2021, MdB 2002–2021 • Gerald Weber
<p>Mitgliedschaften</p>	<p>EUTOP International:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Institut der Regionen Europas • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Wirtschaftsbeirat der Union Bayern e.V <p>EUTOP Brussels:</p> <ul style="list-style-type: none"> • European Policy Centre <p>EUTOP Berlin:</p> <ul style="list-style-type: none"> • de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. • Europäische Bewegung Deutschland e.V.
<p>Letzte Änderung im Lobbyregister</p>	<ul style="list-style-type: none"> • EUTOP Europe: 09.01.2024 • EUTOP International: 31.10.2023 • EUTOP Berlin: 26.03.2024 • EUTOP Brussels: 31.10.2023

Bemerkungen	Durch das große Geflecht an Auftraggeber:innen und Unterauftragnehmer:innen ist es nicht möglich die Lobbyarbeit transparent nachzuvollziehen ^[3] . Viele ehemalige Politiker:innen aus der CDU und SPD betreiben für EUTOP Lobbyarbeit.
Link zum Lobbyregister	EUTOP International GmbH , EUTOP Berlin GmbH , EUTOP Europe GmbH , EUTOP Brussels SRL

Gauly Advisors GmbH

Gauly Advisors GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	980.001 - 990.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • Adeco Germany Holding • SAP SE • Meridiam SAS • Brenntag SE • UniveristätsKlinikum Mannheim • LEONET • ZEAL Network SE • dvs-Deutscher Versand Service GmbH • NeuConnect Deutschland • Deutsche Gesellschaft für Nephrologie e.V. • ELBIT Systems Deutschland GmbH & Co. KG
Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwechsler: innen)	8 (3) <ul style="list-style-type: none"> • Boris Binkowska (CDU): persönlicher Referent Kramp- Karrenbauer (2018/19), bis 2022 Referent im Verteidigungsministerium • Elvan Korkmaz-Emre (SPD): MdB 2017-2021 • Paolina Hagengruber: 2005-2007 & 2013-2015 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag, 2007-2013 Referentin für Innenpolitik (FDP)
Kettenbeauftragungen	0
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • American Chamber of Commerce in Germany e. V. • Atlantik-Brücke e.V. • DSI Deutschlandstiftung Integration gGmbH • KI Park Deutschland GbR • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • DIRK - Deutscher Investor Relations Verband e.V. • Bundesverband der Kommunikatoren e.V
Letzte Änderung im Lobbyregister	01.03.2024

Bemerkungen	<p>Ein bekannter Seitenwechsler ist der ehemalige Leiter des Unternehmen Peter Friedrich (SPD).</p> <p>Er war zwischen 2011 und 2016 Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg und MdB zwischen 2005 und 2011.</p>
Link zum Lobbyregister	<p>Gauly Advisors GmbH</p>

Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH

Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	810.001- 820.000€
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Philip Morris GmbH • LEG Immobilien SE • thyssenkrupp Steel Europe AG • Gropyus • Metallwerk Elisenhütte GmbH • Dr. Alders Tiernahrung GmbH • CBC Europe S.á.r. l. • Carl Zeiss AG • Zalando • Housing Anywhere B.V. • wohnvoll AG
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	5 (0)
Kettenbeauftragungen	1 <ul style="list-style-type: none"> • Gerrit Gramer
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Stiftung Neue Verantwortung e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	21.02.2024
Bemerkungen	Zwischen 2008 und 2009 war Deekeling Arndt Advisors bei einer Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs beim Deutsches Atomforum beteiligt.
Link zum Lobbyregister	Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH

BGA - Berlin Global Advisors GmbH

BGA - Berlin Global Advisors GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	740.001 - 750.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • U.S. Industrial Pellet Associations (USIPA) • Global Blue Deutschland GmbH • Planet Payment Germany GmbH • Urenco Deutschland GmbH • McPhy Energy • Illumina GmbH • Metrc, LLC • Advanced Nuclear Fuels GmbH (framatome)
Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwech sler: innen)	10 (0)
Kettenbe auftragun gen	3 <ul style="list-style-type: none"> • Klaus-Peter Schmidt-Deguella • Cornelius Wendel (FDP) • Ralf Welt (FDP)
Mitglieds chaften	<ul style="list-style-type: none"> • Internationaler Club im Auswärtigen Amts e.V. • Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. • Deutsch-Ukrainisches Forum e.V. • Ukrainian Business and Trade Association
Letzte	

Änderung im Lobbyregister	16.01.2024
Bemerkungen	<ul style="list-style-type: none"> • BGA ist Gesellschafter des Kooperationsverbunds Berlin Advisors Group • Friedbert Pflüger ist Gründungspartner von BGA. Er wurde in Vergangenheit oft als wissenschaftlicher Berater eingesetzt. Das vermischt seine Funktion als Lobbyist mit der eines Wissenschaftlers. Er war Sachverständiger für die Gaspipeline Nord Stream 2 und gleichzeitig gilt er als Gaslobbyist. • BGA-Partner Prof. Sandschneider ist Kuratoriumsmitglied bei der China-Brücke, in deren Vorstand außerdem BGA-Senior Advisor Andreas Hube sitzt.^[4] • Werner Gatzer, von 2005 bis 2023 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, ist seit 9/2024 Senior Advisor bei BGA. Im Februar 2020 wurde er für fünf Jahre zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG gewählt. • Laut Lobbyregister (Stand September 2024) unterstützt BGA die Wirtschaftsabteilung der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Deutschland.^[5]
Link zum Lobbyregister	BGA - Berlin Global Advisors GmbH

CONCILIUS AG

CONCILIUS AG	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	500.001 - 510.000 €
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Sana Kliniken AG • Lilly Deutschland GmbH • Uber B.V. • FIPRA Deutschland GmbH • Raytheon Company • E-GAP S.r.l. • FroSTA AG • Tools for Humanity GmbH • NIO GmbH • ATC EH GmbH & Co. KG
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	<p>8 (2)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Catharina Neumeyer (CDU): MA bei MdB Motschmann (CDU) • Markus Russ (CSU): 2001-2009 Direktor Hanns Seidel Stiftung Brüssel
Kettenbeauftragungen	<p>1</p> <ul style="list-style-type: none"> • STEYR ARMS GmbH (Jörg Hafner)
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • American Chamber of Commerce in Germany e.V. • de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. • DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WEHRTECHNIK e. V. (DWT) • Förderkreis Deutsches Heer e.V. • Forum Luft- und Raumfahrt e.V. • Wirtschaftsforum der SPD e.V.

	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsbeirat Bayern - Wirtschaftsbeirat der Union e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e. V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	18.03.2024
Bemerkungen	<p>Nach einer Publikation von Greenpeace hat Concilius Verflechtungen zur Rüstungsindustrie. Beispielsweise vertreten sie Raytheon Company, was der zweitgrößte Rüstungskonzern in der USA ist. Concilius ist unter anderem Mitglied bei dem Förderkreis Deutsches Heer, Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik und dem Forum Luft- und Raumfahrt. Zudem fallen einige Seitenwechsel auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senior Advisor Fritz Felgentreu (SPD): 2018-2020 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD- Fraktion, MdB 2013 - 2021 • Vorstandsmitglied Michael Donnermeyer: SPD- Sprecher für Kommunikation (Wahlkampf Schröder und Wowereit) und 2002-2007 Sprecher Berliner Senats ^[6].
Link zum Lobbyregister	CONCILIUS AG

Brunswick Group

Brunswick Group	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	370.001 - 380.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • amedes Medizinische Dienstleistungen • Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) • Thalia Bücher GmbH • Zeitfracht GmbH & Co KGaA • Bill&Melinda Gates Foundation • Alibaba (Germany) GmbH • ALSTOM Transportation Germany GmbH • CAE GmbH • Bosch Healthcare Solutions GmbH • Morgan Stanley Europe SE • DSV A/S • Alipay (Europe) Limited SA • Tencent International Service Europe B.V. • Novartis Pharma GmbH • Horizon Therapeutics GmbH • Illumina GmbH • Swiss Steel Holding AG • ADNOC International Limited • Jasper Resources GmbH • Intel Germany GmbH & Co KG • Barclays Bank Ireland PLC • Meyer Burger Technology AG • Daikin Chemical Europe • Gilead Sciences GmbH • AGC Chemicals Europe, Ltd.
Anzahl Lobbyist: innen	<p>34 (7)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ulrich Deupmann: 2006 - 2009 Berater und Redenschreiber Frank Walter Steinmeier • Arne Lietz (SPD): 2014-2019 MdEP • Dr. Joachim Peter: Leiter Referat Strategische Kommunikation im Verteidigungsministerium • Tobias Wolf: 2014- 2017 Mitarbeiter bei Lücking Michel MdB (CDU/CSU)

(davon Seitenwechsler: innen)	<ul style="list-style-type: none"> • Alexander Gruber: Kampagnen-Stratege und Redenschreiber in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bundestagswahlkampf 2021 stellvertretender Leiter des Lagezentrums Online-Kommunikation CDU • Dr. Andreas Nick (CDU): MdB 2013-2021, 2018 - 2022 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE)
Kettenbeauftragungen	0
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Atlantik-Brücke e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • AmCham American Chamber of Commerce in Germany e.V. • British Chamber of Commerce in Germany e.V. • Berliner Presse Club e.V. • Deutsches Aktieninstitut e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	26.03.2024
Bemerkungen	<p>Brunswick Group war als Berateragentur unter anderem beteiligt bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dem geplanten Erwerb von Monsanto durch Bayer • der Fusion von Siemens und dem spanischen Unternehmen Gamesa • dem Erwerb der Krauss-Maffei Wegmann durch Chemchina • dem Erwerb des Roboterherstellers Kuka durch die chinesische Midea-Gruppe. <p>Zudem ist Sigmar Gabriel (SPD) seit 2022 geopolitischer Berater.</p>
Link zum Lobbyregister	Brunswick Group

friedrich30 GmbH & Co. KG

friedrich30 GmbH & Co. KG	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	360.001 - 370.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • BMW AG • Leica-Geosystems AG • Atos Information Technology GmbH • Bureau van Dijk Electronic Publishing Ltd. • Qatar Tourism Authority • Xsun • LOHMANN & Co. AKTIENGESELLSCHAFT
Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwechsler: innen)	<p>8 (4)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Alexander Schulz (CDU): Referent verschiedene Landesministerien • Gerhard Schindler: 2012-2016 Präsident des Bundesnachrichtendienstes • Günther Heiß (CDU): 2007 - 2009 Präsident des Verfassungsschutzes Niedersachsen, 2010 - 2018 Koordinator der Nachrichtendienste des Bundes im Bundeskanzleramt • Barbara Held: Positionen im Innenministerium, deutsche Vertreterin in Europäischer Kommission in Ratsarbeitsgruppen zu Schengen und Prüm-Angelegenheiten
Kettenbeauftragungen	<p>1</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hans Lothar Domröse
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT)
Letzte Änderung im Lobbyregister	20.06.2023
Bemerkungen	Friedrich 30 hat weitreichende Zugänge in Innen- und Sicherheitspolitik. Sie fielen auf, da sie Spenden aus dem Golfstaat Katar für Fußballfelder in Rheinland-Pfalz vermittelte bzw. zu vermitteln versuchte.

Link zum Lobbyregister	friedrich30 GmbH & Co. KG
-------------------------------	---

Edelman GmbH

Edelman GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	340.001 - 350.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • Arla Foods Deutschland GmbH • A.P. Moller Maersk A/S
Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwechsler: innen)	2 (0)
Kettenbeauftragungen	0
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Atlantik Brücke e.V. • Deutsches Aktieninstitut • GPRA • DPRG Deutsche Public Relations
Letzte Änderung im Lobbyregister	30.07.2025
Bemerkungen	Edelman war verwickelt in den Wirecard Skandal. Sie waren ab Anfang 2020 für den Konzern tätig. 2020 galten sie als die größte PR- Agentur weltweit.
Link zum Lobbyregister	Edelman GmbH

von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft mbH & Co. KG

<p>von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft mbH & Co. KG</p>	
<p>Finanzielle Aufwendungen (jährlich)</p>	<p>260.001 - 270.000 €</p>
<p>Auftraggeber: innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Alpa Werke Lehner GmbH & Co KG • Bund Getränkeverpackungen der Zukunft GbR (die machen Lobbyismus für Einweggetränkeverpackungen) • Bundesverband der Zigarrenindustrie e.V. • Deutscher Online Casinoverband e. V. • eFuel Alliance e.V • Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft e.V. • Hanseatic Energy Hub GmbH • Maritime Plattform e.V. • Prepaid Verband Deutschland e. V. • REWE-ZENTRALFINANZ eG (REWE Group) • Verband der Wellpappen-Industrie e.V. (VDW) • Verband Deutsches Reisemanagement e.V. (VDR) • Entain Corporate Services Limited • Enterprise Autovermietung Deutschland B.V. & CO. KG • Arcadis Nederland B.V. • Mastercard Europe SA • Ubirch GmbH • HP Deutschland GmbH • ADEXA Die Apothekengewerkschaft • Bundesverband der GebärdensprachdolmetscherInnen Deutschlands (BGSD) e.V. • McDonald's Deutschland LLC, Zweigniederlassung München
<p>Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwechsler: innen)</p>	<p>22 (4)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dr. Nikolas Hill (CDU): Staatsrat bei Behörde für Kultur, Sport und Medien 2009 - 2014), Behörde für Justiz und Gleichstellung 2014 - 2015 in Hamburg • Dr. Martin Gerig: im Rechtsausschuss des Bundestags als Rechtsreferent 2011 • Daniela Hühold: seit 2019 bei Friedrich Naumann Stiftung • Philipp Bauer: Büroleiter im Abgeordnetenhaus Berlin bei Jasper-Winter, Seerig, Fresdorf, Jotzo

Kettenbeauftragungen	<p>8</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ole von Beust (CDU): 2001 - 2010 Erster Bürgermeister Hamburg • Karl-Heinz Heuser • Nina Wesselhoefft • Martin Gorholt: Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Ministerium für Bildung in Brandenburg, zuvor Bundesgeschäftsführer der SPD • Michael Vesper • Maritime Plattform e. V
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Übersee-Club e.V. • Grüner Wirtschaftsdialog e.V. • Hafen-Klub Hamburg e.V. • Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V. • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • Europäische Bewegung Deutschland e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	17.01.2024
Bemerkungen	<ul style="list-style-type: none"> • Die Agentur wurde von dem damaligen Hamburger Bürgermeister Ole von Beust gegründet. Sie war unter anderem tätig für Wirecard. • Beust & Coll. ist sehr eng mit der eFuel-Alliance verbunden, die 2020 von UNITI gegründet wurde^[7]. Geschäftsführer der eFuel-Alliance ist Ralf Diemer, der zugleich Direktor bei von Beust und Coll. ist. • Beust & Coll. bietet den Aufbau eines Hauptstadtbüros als Dienstleistung an. (Flyer Hauptstadtbüros) • An den Adressen, die Beust & Coll. als Hauptstadtadressen für Kund:innen anbietet, finden sich folgende Organisationen, die gleichzeitig Auftraggeber von Beust & Coll. sind: eFuel-Alliance, Bund Getränkeverpackungen der Zukunft, Deutscher Online Casino Verband, Maritime Plattform
Link zum Lobbyregister	von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft mbH & Co. KG

Instinctif Deutschland GmbH

Instinctif Deutschland GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	100.001-110.000 €
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Novartis Pharma GmbH • EUROAPI Germany GmbH • Nomad Foods Europe Limited • Yakult Deutschland GmbH
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	7 (0)
Kettenbeauftragungen	0
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Atlantikbrücke
Letzte Änderung im Lobbyregister	15.11.2023
Bemerkungen	Instinctif beteiligte sich bei der Astroturfing Kampagne.
Link zum Lobbyregister	Instinctif Deutschland GmbH

Christ&Company Consulting GmbH

Christ&Company Consulting GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	90.001 - 100.000 €
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Schwarz Unternehmenskommunikation GmbH & Co. KG • Schwarz Unternehmenskommunikation International GmbH • Schwarz Dienstleistung KG • Lidl Stiftung & Co. KG • Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG • Kaufland Stiftung & Co. KG • Schwarz Produktion Stiftung & Co. KG • PreZero Stiftung & Co. KG • Aurubis AG • Verband der Privaten Bausparkassen e.V. • Carnival Maritime GmbH • Costa Crociere S.p.A. • Sana Kliniken AG • L'Oreal Deutschland GmbH • Schwarz Digital GmbH & Co. KG • Schwarz IT KG • Amundi Deutschland GmbH • Verband Deutscher Reeder • OLINDA SAS • Aquila Capital Holding GmbH • Deutscher Verband für Negative Emissionen
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	<p>14 (3)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dr. Annetrin Gebauer: 2013-1018 Chefin vom Dienst/ Regierungssprecherin im Bundespresseamt • Rolf Kleine: Sprecher SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück im Bundestagswahlkampf 2013 • Jörg Müller: ehemaliger Sprecher von Bundesfinanzminister Eichel, Abteilungsleiter der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH
Kettenbeauftragungen	<p>1</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reinhard Grindel (CDU): MdB 2002-2016, Präsident des Deutschen Fußballbundes

Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • BVES Bundesverband Energiespeicher Systeme e.V. • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	17.10.2023
Bemerkungen	Harald Christ , der Gründer von Christ&Company war bis 2022 FDP- Schatzmeister und ist 2023 von Finanzminister Christian Lindner als Vertreter des Bundes in den Commerzbank-Aufsichtsrat entsandt worden.
Link zum Lobbyregister	Christ&Company Consulting GmbH

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ [koerner-ist senior-consultant](#) [www.politik-kommunikation.de](#), abgerufen am 17.10.2024
2. ↑ [reinhard-goehner](#) [www.rudpedersen.com](#), abgerufen am 17.10.2024
3. ↑ [Lobbyreport 2024](#), S. 13
4. ↑ [Who We Are -Germany's leading geopolitical and government affairs advisory firm](#), abgerufen am 29.8.2024
5. ↑ [Registereintrag Berlin Global Advisors](#) [www.lobbyregister.de](#), abgerufen am 02.09.2024
6. ↑ [Publikation Greenpeace 2023](#)
7. ↑ [UNITI Jahresbericht 2020/2021](#), [uniti.de](#), abgerufen am 15.06.2022

Monsanto

Monsanto war der weltweit größte Agrarkonzern und führende Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produzierte das Unternehmen vor allem Herbizide. Monsanto hatte beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betrieb mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik.

Monsanto	
Branche	Agrarindustrie
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsanto.de

Im Juni 2018 ist Monsanto von Bayer übernommen worden. Mit der Übernahme wird Bayer zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut.^[1] Bayer wird den Namen Monsanto streichen. In einer Presseerklärung von Bayer vom 7.06.2018 wird die Integration von Monsanto in den Bayer-Konzern wie folgt beschrieben: „Monsanto wird solange von Bayer unabhängig tätig sein bis Bayer den Verkauf seiner an BASF abzugebenden Geschäfte abgeschlossen hat. In dieser Zeit wird sich nichts ändern, einschließlich des Firmennamens. Auch wird Bayer die Integration von Monsanto erst dann fortsetzen, wenn die Veräußerungen an BASF abgeschlossen sind. Mit Beginn der Integration wird das Unternehmen Bayer heißen. Monsanto-Saatgut und andere Produktmarken (wie DEKALB, Asgrow, etc.) behalten ihre Markennamen und werden Teil des Portfolios von Bayer. Während der Unternehmensname mit Beginn der Integration Bayer sein wird, bleibt die rechtliche Struktur von Monsanto bestehen, bis auch dieser rechtliche Prozess abgeschlossen ist; dies wird mehrere Jahre dauern.“^[2]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	32
1.1 Deutschland	32
1.2 Europäische Union (EU)	32
1.3 USA	32
1.4 International	32
2 Fallbeispiele und Kritik	33
2.1 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	33
2.1.1 Debatte über Verbot von Glyphosat	33
2.1.2 Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	34
2.2 2016: Tribunal gegen Monsanto	37
2.3 2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA	37
2.4 2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt	37
2.5 2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA	37
2.6 2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien	38
2.7 2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)	38
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	38
4 Weiterführende Informationen	38
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	39
6 Einzelnachweise	39

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

[Peter Bleser](#), Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, 2011 - 2018 Staatssekretär im [Bundeslandwirtschaftsministerium](#), hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen.^[3]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung](#) (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug^[4], ^[5]

Monsanto und weitere Glyphosat-Hersteller sind Mitglieder des [Forum Moderne Landwirtschaft](#), dem auch der [Deutsche Bauernverband](#) angehört, dessen Präsident [Joachim Rukwied](#) Vorstandsvorsitzender des Forums ist.^{[6][7]} Als Interessenvertreter des Forums setzt er sich für die weitere Verwendung von Glyphosat ein. So erklärte er In einem Interview mit dem Deutschlandfunk, man sei nicht gut beraten, wenn man basierend auf unwissenschaftlichen Angstkampagnen etwa Entscheidungen gegen Glyphosat treffe.^[8]

Europäische Union (EU)

Monsanto ist Mitglied der Verbände [European Seed Association](#) und [EuropaBio](#) sowie Mitglied des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI). Weiterhin ist es in der [Glyphosat Task Force](#) (GFT) aktiv, in der 22 europäische Pflanzenschutzmittel-Unternehmen zusammenarbeiten, die einen gemeinsamen Antrag auf Wiedezulassung von Glyphosat in der EU gestellt haben.^[9]

Das Europäische Parlament hat Lobbyisten von Monsanto die Zugangsausweise entzogen, weil diese sich geweigert hatten, an einer Anhörung zu den „Monsanto-Papieren“ am 11. Oktober 2017 im Parlament teilzunehmen.^[10]

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen.^{[11][12]}

International

Monsanto ist Kooperationspartner des weltweit aktiven [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI), einer Tochtergesellschaft des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI).^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Debatte über Verbot von Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.^[14] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Glyphosat im März 2015 als "wahrscheinlich krebserregend" einstufte.^[15] "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen infrage".^[16] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde und dafür der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuarbeiten soll. Bereits im Januar 2015 fertigte das BfR einen vertraulichen Bericht über Glyphosat an, [zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände](#). Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR schließlich „keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Wirkung durch Glyphosat bei Versuchstieren“ feststellen und empfahl eine erneuerte Zulassung von Glyphosat.^[17] Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.^[18] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Gleiches gilt für die EFSA, in der 59% der Mitarbeiter laut einem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) Verbindungen zur Landwirtschafts- oder Lebensmittelindustrie haben.^[17] Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam weiterhin zu dem dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren, die größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden.^[19] Am 27. November 2015 erhoben zudem knapp 100 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR.^[20] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[21]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, glyphosathaltige Spritzmittel aus dem Sortiment zu nehmen.^[22]

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars informiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.^[23]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monsanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen.^[24] Bundeskanzlerin **Merkel** (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus.^[25]

Im März 2017 veröffentlichte die [Europäische Chemikalienagentur](#) ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist.^[26] Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken.^[27] Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll.^[28] So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht auf Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.^[29] Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[30] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[31]

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde [EFSA](#) bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[32] Die [EFSA](#) begründet - wie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europaparlamentarier hatten die [EFSA](#) daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der [EFSA](#) und der Chemiekonzerne.

Im August 2018 verurteilte ein US-Gericht Monsanto zur Zahlung von 285 Mio. \$ (knapp 250 Mio. Euro) Schmerzensgeld, weil Glyphosat Krebs verursacht haben soll.^[33] Bayer will in Berufung gehen.

Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

2019 ergaben Recherchen von LobbyControl, dass zwei vermeintlich unabhängige Studien des Instituts für Agribusiness aus Gießen, die in die Wissenschaftswelt eingespeist wurden, von Monsanto finanziert waren. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl, ob zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2015 von Monsanto finanziert seien, stellte der Leiter des Instituts, Prof. P. Michael Schmitz klar, dass die Studien aus

eigenem Forschungsinteresse und ohne Finanzierung durch Dritte erfolgt seien. Beide Studien warnten vor Milliarden Schäden durch ein mögliches Glyphosat-Verbot und betonten den ökologischen Nutzen von Glyphosat für die Landwirtschaft.

Bayer hat als neuer Monsanto-Eigentümer inzwischen eingeräumt, dass die Studien von Monsanto in Auftrag gegeben und mitfinanziert wurden. Das Unternehmen habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Gleichwohl entspreche der fehlende Hinweis auf die Unterstützung durch Monsanto nicht den Grundsätzen von Bayer.

Brisant ist der Vorfall auch deshalb, weil die Studien Eingang in entsprechende Fachliteratur fanden. So waren sie zum Beispiel in zwei Aufsätzen im Journal für Kulturpflanzen, einer vom Julius-Kühn-Institut herausgegebenen Zeitschrift, zu lesen. Es handelt sich dabei um ein Bundesforschungsinstitut, das dem Landwirtschaftsministerium untergeordnet ist. Die Aufsätze wurden darin von den Autoren unter dem Namen "Universität Gießen" geschrieben und erzeugten so den Eindruck universitärer Forschung zu entstammen. Und das, obwohl zwischen der Universität Gießen und dem Institut für Agribusiness keine formale Verbindung existiert. So wurde die eigentliche Herkunft der Aufsätze verschleiert. Die Gießener Studien wurden dabei in der jahrelangen Auseinandersetzung über einer Wiederzulassung von Glyphosat in der EU von Hersteller-Unternehmen als unabhängige wissenschaftliche Studien dargestellt und genutzt. Jedoch nur, um zu untermauern, dass ein landwirtschaftlicher Nutzen vorliege, da ein Verbot wirtschaftliche Schäden zur Folge hätte. Zur Debatte über Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt konnten die Studien keinen Beitrag leisten. Dass die Studien in die Debatten rund um Glyphosat eingebracht wurden, zeigt zum Beispiel der Eingang in eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine Lobby-Plattform der Glyphosat-Hersteller. Auf europäischer Ebene bezog sich das europäische Pendant, die Glyphosate Task Force, mehrfach auf die Gießener Studien und die daraus entstandenen Fachartikel. Dazu kommt, dass diese Studien irreführend verwendet wurden. So wird in der Broschüre „Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat“ der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat unter Bezugnahme auf die Studien des Institut für Agribusiness die Behauptung aufgestellt, „Experten“ würden die wirtschaftlichen Schaden eines Glyphosat-Verbots für die EU auf bis zu 4 Milliarden US-Dollar schätzen. Die EU müsse ohne Glyphosat 6,3 Mio. t Weizen importieren.^[34] Diese Zahlen entstammen dem Szenario der Studie, das von einem Ertragsrückgang von 20% ohne Glyphosat ausgeht. Die Autoren bezeichnen das selbst als das extremste Szenario. Realistisch halten sie ein Szenario von -5%. In diesem Fall würde die EU laut der eigenen Studie 3,7 Mio. t Weizen exportieren. Die Aussage wäre damit eine ganz andere. Die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat erwähnt mit keinem Wort, dass ihre Zahlen aus dem unwahrscheinlichen Extrem-Szenario kommen. Dieser Umgang mit der Studie ist irreführend.

Auch in Medien und Politik konnten die Studien vordringen. So fanden sie ihren Weg in den Glyphosat-Artikel der deutschen Wikipedia sowie in eine Literaturliste des Bundestages zu Glyphosat. Auch in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 2015 wird explizit auf eine der von Monsanto finanzierten Studien zurückgegriffen, in Form des Artikels aus dem Journal für Kulturpflanzen.^[35] Entsprechend der Angabe im Artikel, schreibt die Journalistin die Studienergebnisse direkt der Universität Gießen zu. Die LeserInnen des Artikels erfahren also nicht die eigentliche Herkunft der Studie. In einem weiteren Fall, bezog sich im Jahr 2011 die damalige agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag während einer Debatte auf die "Untersuchungen der Universität Gießen", die gezeigt hätten, dass „ein Verbot von Glyphosat einerseits aus Sicht des Umweltschutzes völlig kontraproduktiv wäre und andererseits zu Wohlfahrtsverlusten in Milliardenhöhe führen würde“.^[36] Dass sie sich dabei auf von Monsanto finanzierte Studien bezog, war ihr vermutlich nicht bewusst.

Der Konzern Monsanto steht bereits seit längerem in der Kritik, weil er sich mit aggressiven Lobbytechniken für die weitere Zulassung von Glyphosat einsetzt. Dazu gehört die Inszenierung von Unterstützerkampagnen über PR-Agenturen sowie die intransparente Finanzierung von Wissenschaftlern. Dabei zeigt ein Mailwechsel eines Wissenschaftlers mit Monsanto, warum externe Wissenschaftler für das Unternehmen so wichtig waren. In einer Mail schlägt Kevin Folta von der University of Florida einer Monsanto-Lobbyistin vor, in der Öffentlichkeit mit „farming mothers“, also Bäuerinnen mit Kindern zu werben. Die Lobbyistin widerspricht

dem: Die Umfragen von Monsanto würden zeigen, dass nichts so gut wirke wie ein „credible third party scientist“. Also ein glaubwürdiger Wissenschaftler, der als dritte Partei fungiert und wahrgenommen wird, möglichst unabhängig von Monsanto.^[37] Wie aus einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT hervorgeht, widersprach Monsanto auf Nachfrage von ZEIT ONLINE den Anschuldigungen. Das Unternehmen arbeite transparent und „hat seine Rolle in wissenschaftlichen Kollaborationen immer vollständig eingeräumt“.^[38] Unsere Recherchen zeigen das Gegenteil. Diese „third party“-Strategie steckt offensichtlich auch hinter den Gießener Studien.

Mit dem neuen Fall gibt es nun klare Belege, dass Monsanto auch in Deutschland in größerem Umfang Wissenschaftler finanziert und deren Forschungsergebnisse zu Lobbyzwecken verwendet hat, ohne die eigene Beteiligung daran offenzulegen.^[39]

Im weiteren Verlauf der Recherchen, sind weitere Fälle verdeckter Finanzierung zu Tage getreten. Es handelt sich dabei um zwei Studien aus Großbritannien, die in der Fachzeitschrift „Outlooks on Pest Management“ veröffentlicht wurden – jeweils ohne Kennzeichnung, dass die Finanzierung von Monsanto stammte.^{[40][41]} Anders als im Gießener Fall ist hier allerdings klar erkenntlich, dass die beiden Studien von der Beratungsfirma RSK Adas stammen. Sowohl die Beratungsfirma als auch Bayer haben uns gegenüber bestätigt, dass Monsanto die Studien finanziert hat. Auch diese Studien nutzte Monsanto für seine Lobbyarbeit. So bezog sich die „Glyphosate Task Force“, ein Zusammenschluss von Monsanto und weiteren Glyphosat-Herstellern, die gemeinsam die Wiederezulassung von Glyphosat in der EU beantragt hatte, auf beide Studien.^[42] Auch die National Farmer’s Union, also der englische Bauernverband, verwendete die Studien in der eigenen Kampagne für den Erhalt von Glyphosat. Dabei wurden die Veröffentlichungen als Forschung einer „unabhängigen“ Beratungsfirma dargestellt, was angesichts der Monsanto-Finanzierung schlicht falsch ist. Nachdem die britische Zeitung *Guardian* die National Farmer’s Union im März angefragt hatte, ergänzte diese nun einen Hinweis auf die Finanzierung durch Monsanto.^[43] Auch der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Glyphosat nutzt eine der beiden Studien als Beleg für die negativen Folgen eines Glyphosat-Verbots. Die Gießener Studien sind in der Wikipedia inzwischen als Monsanto-finanziert gekennzeichnet.^[44]

Ähnlich wie bei den Gießener Studien gibt es bei einer der beiden britischen Studien Auffälligkeiten bei den zugrunde liegenden Daten und Annahmen. Der Aufsatz aus dem Jahr 2010 behandelt die ökonomischen Auswirkungen eines möglichen Glyphosat-Verbots.^[40] Dazu beziehen sich die AutorInnen auf offizielle Statistiken des britischen Landwirtschaftsministeriums. Allerdings hielte Monsanto, so heißt es im Aufsatz, die offiziellen Angaben zur Nutzung von Glyphosat für zu niedrig. Mit dem Verweis auf den Einwand Monsanto wurden für einen Teil der Analyse wesentlich höhere Werte verwendet. Anstelle einer offiziellen Befragung, die immerhin 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erfasste, verwendete man nun Annahmen aus zwei selbst organisierten Workshops mit unbenannten Agrarwissenschaftlern. Diese stammten vom Verband der unabhängigen Saatgutberater, deren Vorsitzender sich in der Vergangenheit immer wieder vehement für den Erhalt der Glyphosat-Zulassung einsetzte.

Monsanto hatte also offensichtlich direkten Einfluss auf die in der Studie verwendeten Daten. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl hatte die Beratungsfirma noch geschrieben, Monsanto habe keinerlei Einfluss auf die Inhalte der Veröffentlichung ausgeübt. Auf weitere Nachfragen zu der Auswahl der Daten hieß es dann, man wolle diese Fragen nicht kommentieren. An anderer Stelle werden hohe Ertragseinbußen behauptet, falls eine Form der Glyphosat-Anwendung (die Vorsaatsbehandlung) nicht mehr möglich sei. Die dafür als Beleg verwendete Quelle befasst sich aber primär mit anderen Pestiziden und kann die Annahme deshalb nicht überzeugend begründen. Auch die Anfrage seitens LobbyControl zu dieser Quelle und der hohen Annahme wurde durch die Beratungsfirma nicht beantwortet.

Im Ergebnis führt die Verwendung dieser Daten und Annahmen dazu, dass die potentiellen Umsatzeinbußen für die Landwirtschaft wesentlich drastischer ausfallen. Diese Aussage stützte Monsanto’s Warnung vor Glyphosat-Verboten.^[45]

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das [Monsanto Tribunal](#) statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse.^[46]

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen [Ketchum](#) beauftragt wurde.^[47] Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnology Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von E-Mail-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Industrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP), geht es auch um die Marktöffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband [CropLife America](#) vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist.^[48]

2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern.^[49]

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler [Gilles-Eric Séralini](#) herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen. ^{[50][51]}

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen. ^[52]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellte im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland war der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gemüsesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer war

- [Hugh Grant](#)

Weiterführende Informationen

- [Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei Corporate Watch, UK](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei CorpWatch, USA](#)
- Marie-Monique Robin (2008): [Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert](#)
- Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss (2010): [Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.04.2020
2. ↑ [Gemeinsam schaffen wir ein führendes Unternehmen der Agrarwirtschaft](#), advancingtogetehr.com, abgerufen am 13.06.2018
3. ↑ [Monsanto Greenpeace Magazin 1.07](#), Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
4. ↑ [Fördermitglieder der GKB e.V.](#) Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
5. ↑ [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V. \(GKB\) SATZUNG](#) Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
6. ↑ [Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten](#), muv-nachrichten.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
7. ↑ [Unsere Mitglieder](#), forum-moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 29.07.2018
8. ↑ [Emotionale Kampagne, wissenschaftlich nicht unterlegt](#), deutschlandfunk.de vom 25.10.2017, abgerufen am 29.07.2018
9. ↑ [Impressum](#), glyphosat.de, abgerufen am 21.12.2017
10. ↑ [Europa-Parlament entzieht Monsanto den Lobby-Zugang](#), heise.de vom 29.09.2017, abgerufen am 16.12.2017
11. ↑ [Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013
12. ↑ [Dämonen und Depeschen](#), 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
13. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 15.12.2017
14. ↑ [Zusammenfassung dieser Debatte: EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), LobbyControl vom 01.06.2015, abgerufen am 08.04.2020
15. ↑ [WHO-Experten stufen Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend ein](#), spiegel.de vom 30.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
16. ↑ [Monsanto: Mächtige Lobby](#), sueddeutsche.de vom 16.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
17. ↑ ^{17,017,1} [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), lobbycontrol.de vom 01.06.2015, abgerufen am 16.04.2020
18. ↑ [Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?](#), welt.de vom 15.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
19. ↑ [Wenn Leserbriefe von Monsanto als Studien gelten](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
20. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com vom 27.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
21. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), sueddeutsche.de vom 30.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
22. ↑ [Hornbach verbannt Glyphosat und bienengefährdende Stoffe](#), utopia.de vom 02.03.2016, abgerufen am 08.04.2020
23. ↑ [EU-Dokumente belegen geheime Absprachen zwischen Kommission und Glyphosat-Herstellern](#), umweltinstitut.org vom 16.06.2016, abgerufen am 08.04.2020

24. ↑ [Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017](#), topagrar.com vom 29.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus](#), topagrar.com vom 19.08.2016, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [Glyphosate not classified as a carcinogen by ECHA](#), echa.europa.eu vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
27. ↑ [ECHA: Glyphosat](#), echa.europa.eu, abgerufen am 08.04.2020
28. ↑ [Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben](#), sueddeutsche.de vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
29. ↑ [Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen](#), sueddeutsche.de vom 16.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
30. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
31. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 08.04.2020
33. ↑ [Millionenstrafe gegen Monsanto](#), n-tv.de vom 11.08.2018, abgerufen am 08.04.2020
34. ↑ [Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat](#), Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, abgerufen am 24.03.2020
35. ↑ [Gift für mehr Wachstum](#), zeit.de vom 06.08.2015, abgerufen am 24.03.2020
36. ↑ [Plenarprotokoll 17/149](#), dipbt.bundestag.de vom 15.12.2011, abgerufen am 24.03.2020
37. ↑ [Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Hat Monsanto Wissenschaftler gekauft?](#), zeit.de vom 11.10.2017, abgerufen am 25.03.2020
39. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 01.04.2020
40. ↑ ^{40,040,1} Cook S., S. Wynn, Clarke J.H. (2010). How valuable is glyphosate to UK agriculture and the environment? Outlook on Pest Management 21(6), S. 280-284
41. ↑ Wynn S., Cook, S. & Clarke J.H. (2014) Glyphosate use on combinable crops in Europe: implications for agriculture and the environment. Outlooks on Pest Management 25 (5), S. 327-331
42. ↑ [Die wirtschaftliche Bedeutung von Glyphosat-haltigen Herbiziden: Fallstudien in Großbritannien und Deutschland](#), glyphosat.de vom 10.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
43. ↑ [Glyphosate - the basics: Our Q&A](#), nfonline.com vom 31.03.2017, abgerufen am 01.04.2020
44. ↑ [Glyphosat - Wikipedia](#), wikipedia.org, abgerufen am 01.04.2020
45. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 01.04.2020
46. ↑ [International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion](#), MonsantoTribunal.org vom 18.04.2017, abgerufen am 08.04.2020
47. ↑ [Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 08.04.2020
48. ↑ [Der unheimliche Konzern: Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
49. ↑ [Gentechnik-Kennzeichnung in den USA: Nur keine Transparenz](#), sueddeutsche.de vom 22.11.2013, abgerufen am 08.04.2020
50. ↑ [Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert](#), deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 01.05.2013, abgerufen am 01.04.2020

51. ↑ William Engdahl: *Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash*, globalresearch.ca vom 19.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
52. ↑ *Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau*, lobbycontrol.de vom 15.12.2009, abgerufen am 01.04.2020

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von **Monsanto** im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betragen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche
reich
Gründungsdatum 1863
Hauptsitz Leverkusen
Lobbybüro
Lobbybüro EU 40 Rue Bollard, 1000 Brussels, (+32) 25502112
Webadresse bayer.de

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	42
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	42
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	42
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	43
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	43
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	43
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	44
3 Themen der Lobbytätigkeit	45
4 Parteispenden	45

5	Transparenz	45
6	Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	46
6.1	Umstrittene Zulassung von Glyphosat	46
6.2	Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	46
6.3	Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	47
6.4	2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	47
6.5	Klagen gegen Monsanto/Bayer	48
7	Sonstige Fallbeispiele und Kritik	48
7.1	2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	48
7.2	2015: Intransparente Hochschulkooperation	49
7.3	2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	49
8	Weiterführende Informationen	49
9	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
10	Einzelnachweise	49

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Science entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Gyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- Penta (ehem. Hume Brophy): 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller \(vfa\)](#)
- [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#)
- [Bundesarbeitgeberverband Chemie \(BAVC\)](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- [BIO Deutschland](#) (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)

- ICC Germany
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
- Industrie-Förderung Gesellschaft mbH
- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- Westwind
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- British Chamber of Commerce in Germany
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- Euroseeds
- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)
- [COCIR](#)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [BusinessEurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgendenden Regelungsvorhaben^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden.^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR -Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister

vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungs Kooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag

wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Insitut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of

the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsaubereren Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)
- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant, 23.09.2024](#)
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien 12. März 2020](#)
- [Verein Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018

3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen a, 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier Europäische Kommission](#), abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat](#) Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020

36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

Siemens

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Die Siemens AG ist die Muttergesellschaft eines in nahezu allen Ländern der Welt aktiven Technologiekonzern mit Fokus auf den Feldern Industrie, Infrastruktur, Mobilität und Gesundheit. Sie ist Mehrheitsaktionär von [Siemens Healthineers](#), einem weltweit führenden Anbieter von Medizintechnik, und hält eine Minderheitsbeteiligung an

Siemens

SIEMENS

Rechtsfor Aktiengesellschaft (AG)
m

Tätigkeit Technologiekonzern (Industrie,
sbereich Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit)

Gründun 1847

gsdatum

Hauptsitz München, Berlin

Lobbybür

o

Lobbybür Avenue des Arts 20, Brüssel

o **EU**

Webadre www.Siemens.de

sse

Siemens Energy, einem weltweit führenden Unternehmen in der Energieübertragung und -erzeugung. Der Konzern betätigt sich in den folgenden Bereichen: Industrielles Geschäft (Digital Industries, Smart Infrastructure, Mobility und Siemens Healthineers) und Services (Siemens Financial Services, Siemens Real Estate, Global Business Services). Der Konzern erzielte 2023 einen Umsatz in Höhe von knapp 20 Mrd. Euro und beschäftigte rund 320 Tsd. Mitarbeiter.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	52
1.1 Siemens AG	52
1.2 Weitere Siemens-Unternehmen	53
2 Fallbeispiele und Kritik	53
2.1 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	53
3 Management und Aufsichtsrat	53
3.1 Vorstand	53
3.2 Aufsichtsrat	53
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	54
5 Lobbyisten in Ministerien	54
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	55
7 Einzelnachweise	55

Lobbystrategien und Einfluss

Siemens AG

Die Aktivitäten zur Interessenvertretung beziehen sich insbesondere auf die folgenden Themen und Politikbereiche: Cyber Security und Digitalisierung, Dekarbonisierung und Klimaschutz, Energie, Forschung und Entwicklung sowie Innovation, Handelspolitik, Mobilität für Schiene und Straße, vernetzt und automatisiert.^[2] Die Gesamtverantwortung für Lobbyaktivitäten liegt beim Vorstand der Siemens AG, der die entsprechenden Aufgaben einer eigenen Abteilung „Government Affairs“ (GA) übertragen hat, die direkt an den Siemens Vorstandsvorsitzenden Roland Busch berichtet. Nach den Compliance-Grundsätzen und -verfahren müssen die Mitarbeiter stets die Gesetze und Vorschriften der Rechtssysteme einhalten, in denen sie tätig sind. Verwiesen wird auf die [Business Conduct Guidelines](#) und die Leitlinien für den [Wechsel von Mitarbeitern in und aus dem öffentlichen Dienst](#) - sogenannter „Drehtür-Effekt“.

Im deutschen Lobbyregister gibt Siemens an (Stand: 13.02.2024), im Geschäftsjahr 2021/2022 1.140.001 bis 1.150.000 Euro für Lobbytätigkeiten auszugeben und 11 -20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] Cheflobbyist ist Torsten Ende.

Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben der Siemens AG in Brüssel im Geschäftsjahr 2021 /2022 zwischen 2.750.000 - 2.999.999 Euro; 2023 wurden 13 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 7,8) beschäftigt. Benedikt Kuttenkeuler ist Head of EU Government Affairs.

Weitere Siemens-Unternehmen

Weitere Siemens-Unternehmen mit eigenen Lobby-Aktivitäten sind:

- [Siemens Healthineers AG](#), ein globales Medizintechnikunternehmen, an dem der Siemens-Konzern ca. 75 % der Anteile hält
- [Siemens Mobility GmbH](#), ein eigenständig geführtes Unternehmen der Siemens AG
- [Siemens Energy Global GmbH & Co. KG](#), an der die Siemens AG mit ca. 35 % beteiligt ist.^[4] Zu den Aufsichtsratsmitgliedern gehören: Joe Käser (Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG), Christine Bortenlänger (Geschäftsführende Vorständin des [Deutsches Aktieninstitut](#)), [Sigmar Gabriel](#) (ehem. SPD-Politiker, Bundesminister a.D.), [Hildegard Müller](#) (Präsidentin des [Verbands der Deutschen Automobilindustrie](#)), Veronika Grimm (Mitglied des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Mitglied im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung). LobbyControl kritisiert Grimm für einen potentiellen Interessenkonflikt.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[6]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Siemens damit rechnen müssen, jährlich 100 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Siemens stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[7][8]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Bayer](#), etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[9]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[10][11][12][13][14]}

Management und Aufsichtsrat

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist [Roland Busch](#)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Aufsichtsratsvorsitzender ist [Jim Hagemann Snabe](#)

Mitgliedschaften (Auswahl)

Siemens ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Adlerkreis](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Association of the European Rail Supply Industry \(UNIFE\)](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.](#)
- [BusinessEurope](#)
- [BITKOM](#)
- [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#)
- [Collegium](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [European Round Table for Industry](#)
- [European Forum for Manufacturing](#)
- [European Policy Centre](#)
- [Energy Solutions](#)
- [EU40 Europe](#)
- [Friends of Europe](#)
- [Kerntechnik Deutschland](#)
- [Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Transatlantic Business Initiative](#)
- [Verband der Automobilindustrie \(VDA\)](#)
- [VDMA](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Verband der Elektro- und Digitalindustrie \(ZVEI\)](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)

Lobbyisten in Ministerien

Im Zuge des von der Rot-Grünen Bundesregierung initiierten Austauschprogramms "Seitenwechsel" waren Mitarbeiter von Siemens als "Externe" in Außenministerium und Entwicklungsministerium beschäftigt.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[15]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	Ein Jahr um 1998 ^[16]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der (damaligen) Abteilung 3: Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika; Naher Osten

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023](#), [simens.com.de](#), abgerufen am 11.04.2024<
2. ↑ [Politisches Engagement bei Siemens](#), [siemens.com](#), abgerufen am 12.04.2024
3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), [lobbygister.bundestag.de](#), abgerufen am 12.03.2024
4. ↑ [Siemens Energy Aktionärsstruktur](#), [finanzen.net](#), abgerufen am 13.03.2024
5. ↑ [Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy](#), [lobbycontrol.de](#) vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024
6. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), [eur-lex.europa.eu](#) vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
7. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), [taz](#) vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
8. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), [finance-magazin](#) vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
9. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
10. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
11. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
12. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
13. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), [Euractive.de](#) vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
14. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), [Le Monde diplomatique](#) vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
16. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011

Krauss-Maffei Wegmann

Krauss-Maffei Wegmann

Die **Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG** (KMW) ist eines der größten deutschen Rüstungsunternehmen und neben **Rheinmetall** einer der Hauptlieferanten für die Bundeswehr im Bereich von Heereswaffen.^[1]

2015 fusionierte KMW mit dem französischen Rüstungsunternehmen **Nexter S.A.**, welches im Alleineigentum der französischen staatseigenen **GIAT Industries S.A. Holding** stand.^[2] An der neu gegründeten Holding mit dem Namen **KNDS - KMW + Nexter Defense Systems** mit Sitz in Amsterdam sind die **GIAT Industries** und die damalige KMW-Eigentümerin **Wegmann Unternehmens-Holding GmbH & Co. KG** mit je 50 % beteiligt.^[3]

Teil von kritischen Berichten wurde der Konzern immer wieder im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waffen in Konfliktgebiete^[4], aber auch wegen ausgeprägter Lobbyarbeit von KMW (und anderen Rüstungsunternehmen wie **EADS**) im Rahmen der Verhandlungen um die Unterstützung der Bundesregierung beim Export des Kampfpanzers Leopard II nach Saudi-Arabien in den Jahren 2010–2012.^[5]

Krauss-Maffei Wegmann



Branche	Sicherheit und Rüstung
Hauptsitz	München
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	http://www.kmweg.de/

Inhaltsverzeichnis

1 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	56
2 Leitungsgremien	57
2.1 Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG	57
2.2 KNDS	58
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	58
4 Fallbeispiele und Kritik	58
4.1 Zahlungen an zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete	58
4.2 Razzia wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung	59
4.3 Schmiergeldzahlungen	59
5 Geschichte	60
6 Weiterführende Informationen	60
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	60
8 Einzelnachweise	60

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Für das **Geschäftsjahr 2020** legte der Konzern KNDS, in dem sich Kraus-Maffei Wegmann und Nexter zusammengeschlossen haben, einen konsolidierten Auftragsbestand im Rekordwert von 10.06 Milliarden Euro vor. Zu den großen Aufträgen gehört ein Update für die 322 FENNEK-Fahrzeuge des niederländischen Heeres, 24 Leguan-Brückenleger für die deutsche Bundeswehr, 42 JAGUAR-, 271 GRIFFON-, und 364 SERVAL-Fahrzeuge sowie Support und Serviceleistungen für die französische Armee sowie CAESAR-Geschütze für einen Export-Kunden. Dabei erwirtschaftete der Konzern einen Umsatz von 2,4 Milliarden Euro. Die Belegschaft wuchs auf 8.270 Mitarbeiter an.^[6]

Im Jahr 2022 erwirtschaftete KNDS laut dem [Stockholm International Peace Research Institute \(SIPRI\)](#) einen Umsatz von 3,36 Milliarden US-Dollar mit Rüstungsgütern. Im Ranking der größten Waffenhersteller der Welt belegte KNDS 2022 damit Platz 44.^[7]

Die Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG ist über die folgende Konstruktion ein Unternehmen der KNDS mit Sitz in Amsterdam (Stand: 01/2024). Kommanditistin der Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG ist die Honosthor KMW Holding GmbH, deren alleinige Gesellschafterin die KNDS ist.^[8] Geschäftsführer der Honosthor KMW Holding GmbH sind Ralf Ketzel und Frank Haun. Die Geschäftsführung und Vertretung der Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG übt die Krauss-Maffei Wegmann Verwaltungs GmbH aus. An der KNDS ist die Wegmann Unternehmens-Holding GmbH & Co. KG mit 50 % beteiligt, deren Kommanditisten 28 Personen mit Einlagen in unterschiedlicher Höhe sind. Geschäftsführer der Holding sind Frank Haun und der Kommanditist Stephan Bode. Die Kommanditisten und ihre Beteiligungshöhe sind über das [Gemeinsame Registerportal der Länder](#) unter Amtsgericht München Nummer HRA 110741 abrufbar.

Die Tochterunternehmen sind:

- ATM Computer Systeme GmbH
- BTD Battl Tank Dismantling GmbH
- DSL Defence Service Logistics GmbH
- DST Defence Service Tracks GmbH
- Hellenic Defence Vehicle Systems Single Member S.A.
- KMW Asia Pacific Pte. Ltd.
- KMW do Brasil Sistemas de Defesa Ltda.
- KMW Hungary Kft.
- KMW Schweißtechnik GmbH
- Wegmann USA Inc.
- WFEL Ltd.^[9]

Krauss-Maffei Wegmann hat 2012 den weltweiten Marktführer für mobile Brückensysteme WFEL aufgekauft.^[10] 2015 fusionierte Krauss-Maffei Wegmann mit dem französischen Rüstungsunternehmen Nexter.^[11] Im Dezember 2023 haben KNDS und der italienische Rüstungskonzern Leonardo die Bildung einer strategischen Allianz angekündigt, die dem Ausbau der Zusammenarbeit beim Bau von Kampfpanzern dienen soll.^{[12][13]}

Leitungsgremien

Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG

Geschäftsführer sind^[14]:

- **Ralf Ketzel** (CEO)
- **Markus Helm** (CFO)
- **Dr. Ing. Axel Scheibel**
- **Florian Hohenwarter**

KNDS

[Frank Haun](#) ist CEO der Konzernholding KNDS. Die weiteren Mitglieder des „Board of Directors“ und des „Executive Committee“ sind [hier](#) abrufbar. Er ist weiterhin Geschäftsführer der Wegmann Unternehmens-Holding GmbH & Co. KG und der Honosthor KMW Holding GmbH sowie Mitglied der Münchner Sicherheitskonferenz und des „International Advisory Board“ des [Atlantic Council](#).

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Im Jahr 2022 beliefen sich die Ausgaben von Krauss-Maffei Wegmann für Lobbyarbeit in Deutschland auf 500.001-510.000 Euro.^[15] Im EU Transparenz-Register gibt KMW an, 2022 zwischen 100.00 und 199.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben.^[16] Mit der Lobbyarbeit ist [EUTOP](#) beauftragt worden.

KMW ist Mitglied in den folgenden Organisationen (Auszug):

- Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft
- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

In dem Zeitraum zwischen den Jahren 2010 und 2012 pflegte KMW intensive Kontakte zum Außen- und Wirtschaftsministerium. Hintergrund war dabei Frage, ob die Bundesregierung Exporte des Kampfpanzers Leopard II nach Saudi-Arabien unterstützt. In dieser Zeit besuchte KMW-Geschäftsführer Frank Haun wiederholt hohe Beamte der beiden Ministerien.^[17]

Bei Exportgenehmigungen müssen sowohl das Außen- als auch das Verteidigungsministerium zustimmen. Der Stern bezieht sich auf eine 27 Seiten umfassende Aufstellung von Kontakten zwischen Rüstungsunternehmen und Ministerien, die auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz erstellt wurde. Die Liste führt hierbei vier Treffen zwischen Haun und Staatssekretären des Auswärtigen Amts auf, sowie drei weitere im Wirtschaftsministerium. Zudem waren bei einer Begegnung mit dem damaligen Außenminister Guido Westerwelle (FDP) neben Haun auch weitere Vertreter des [Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) (BDSV) anwesend.^[17]

Fallbeispiele und Kritik

Zahlungen an zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete

In einem Zusammenhang mit Geschäften von Krauss-Maffei Wegmann (KMW) in Griechenland kam im Mai des Jahres 2014 heraus, dass zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete ein Honorar von KMW erhalten hatten. Demzufolge hatte der Rüstungskonzern einer Beratungsgesellschaft der ehemaligen Abgeordneten in den Jahren von 2000 bis 2005 mehr als fünf Millionen Euro gezahlt.^[18] Entdeckt wurden die Zahlungen bei einer internen Untersuchung zu zwei Panzergeschäften. Anlass der Prüfung, die von KMW selbst in Auftrag gegeben wurde, waren mutmaßliche Schmiergeldzahlungen bei Geschäften mit Griechenland.^{[19][20]}

Die Aufdeckung der Zahlungen an die langjährigen SPD-Politiker bei den KMW-internen Untersuchungen zu den Panzergeschäften, erweckt laut der „Süddeutschen Zeitung“ den Verdacht, dass mit diesen Mitteln in Millionenhöhe Einfluss auf die Auftragsvergabe in Athen genommen wurde.^[21] Der Konzern hat im vergangenen Jahrzehnt für fast zwei Milliarden Euro Leopard-2-Panzer und Panzerhaubitzen nach Athen verkauft. Die Anbahnung und der Abschluss der Panzer-Deals fallen vor allem in jene Jahre, in denen laut Untersuchung die beiden SPD-Politiker Dagmar Luuk und Heinz-Alfred Steiner über eine Firma namens „Büro für Südosteuropaberatung“ (BfS) ein Millionen-Honorar für Beratung von KMW bekamen.^[22] Ferner wurde berichtet, dass die beiden SPD-Leute nach ihrer Zeit im Parlament über ihre gemeinsame Beraterfirma lukrative Verträge mit KMW abgeschlossen hatten. In diesen verpflichtete sich das Unternehmen im Falle eines Verkaufs der Panzerhaubitze nach Griechenland drei Prozent Erfolgshonorar auszuzahlen.^[23]

Dagmar Luuk war von 1980 bis 1990 Mitglied des Bundestages. Während dieser Zeit war sie Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentarier-Gruppe und verfügte damit bereits früh über gute Kontakte nach Griechenland, insbesondere zur sozialdemokratischen Partei Pasok. Die Kontaktverbindungen hielten sich zudem nach ihrer Zeit als Abgeordnete langezeit aufrecht.^[24] Heinz-Alfred Steiner, früherer Parlamentskollege und Parteifreund von Luuk, saß von 1980 bis 1994 im Bundestag. Der frühere Bundeswehrhauptmann war zeitweise Vizechef des Verteidigungsausschusses.^[24] Kritik an den Zahlungen wird unter anderem von dem Rüstungsexperten Jan van Aken der Linksfraktion im Bundestag geäußert: „Gabriel muss das jetzt schleunigst aufklären, denn die beiden waren für die SPD im Bundestag und haben möglicherweise Wissen oder Verbindungen aus dieser Zeit für einen Waffendeal benutzt“.^[25]

Razzia wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung

Im November 2014 gab es mehrere Hausdurchsuchungen; es wurde einem Verdacht auf Steuerhinterziehung nachgegangen. In dem Zusammenhang wurde berichtet, dass in Griechenland mehrere Mittelsmänner gestanden hätten, unter anderem im Namen von Krauss-Maffei-Wegmann Bestechungssummen gezahlt zu haben. Im Dezember 2014 sollen entsprechende Verfahren von der griechischen Justiz aufgenommen werden.^[26]

Seit Mitte Januar 2015 sitzt ein ehemaliger Manager von Krauss-Maffei Wegmann in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen zwischen 2002 und 2004 mehr als 1,1 Millionen Euro aus Rüstungsgeschäften erhalten und diese nicht versteuert zu haben. Das Geld stammt aus einem Geschäft zwischen KMW Deutschland, KMW Griechenland und dem Athener Verteidigungsministerium. Der ehemalige Manager soll um die 490.000 Euro in Bar erhalten haben. Das restliche Geld soll nach Angaben der Polizei auf seine Schweizer Konto überwiesen worden sein.^[27]

Schmiergeldzahlungen

Im Zusammenhang mit den Verkäufen von 170 Leopard 2 Panzern nach Griechenland für insgesamt 1,7 Milliarden Euro soll Schmiergeld geflossen sein, wie die *Süddeutsche Zeitung* unter Berufung auf die Aussage eines griechischen Spitzenbeamten gegenüber der griechischen Staatsanwaltschaft berichtete. Der Beamte des Wirtschaftsministeriums gab zu, für Waffenverkäufe, unter anderem aus Deutschland, insgesamt acht Millionen Euro an Schmiergeld erhalten zu haben.^[28]

Für das Geschäft mit KMW soll er von einem griechischen Vertreter des Rüstungskonzerns allein 1,7 Millionen Eurp erhalten haben.

Die Vorwürfe zu dem vom 20.03.2003 datierten Kaufvertrag wurden von KMW bestritten. ^[29]

Geschichte

Krauss-Maffei Wegmann entstand 1999 aus einer Fusion der beiden Unternehmen Krauss-Maffei AG und Wegmann & Co.^[30] Die Fusion selbst erfolgte dabei, abseits von der öffentlichen Wahrnehmung, in einer Art Geheim-Deal.^[31]

Die Gründungsunternehmen von KMW, Kraus-Maffei und Wegmann & Co., welche im Bereich des Lokomotiven- und Zuggeräteebaus beschäftigt waren, wandten sich während der NS-Zeit der Produktion von Militärgeräten hin und wurden unter Verwendung tausender Inhaftierter aus Konzentrationslagern als Zwangsarbeiter zu den führenden Waffenproduzenten.^[32]

Im Sommer 2011 rückte das Unternehmen infolge eines möglichen Verkaufs von Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit.^[33]

Weiterführende Informationen

- [The SIPRI Top 100 arms-producing and military services companies, 2022](#)
- [Tödliche Deals: Deutsche Waffen für die Welt, Doku über Waffen Teil 2 \(KMW-Geschäftsführer Frank Haun gibt für diese Dokumentation exklusiv und zum ersten Mal ein Fernsehinterview\)](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Top5 - Die größten deutschen Rüstungskonzerne im Vergleich](#), abgerufen am 30.06.2014.
2. ↑ [KNDS - KMW + Nexter Defense Systems History](#)], knds.com, abgerufen am 04.01.2024
3. ↑ [Structure](#), knds.com, abgerufen am 04.01.202
4. ↑ [Leopard 2 rollen nach Syrien: Türkei setzt deutsche Panzer ein](#), ntv.de vom 22.01.2018, abgerufen am 17.01.2022.
5. ↑ [Schwarz-Gelbe Vorgängerregierung Rüstungslobby ging "ein und aus"](#), Stern.de Blog von Hans-Martin Tillack vom 14.04.2014, abgerufen am 26.06.2014.
6. ↑ [KNDS records another successful business year](#), PM vom 14.06.2021, abgerufen am 04.01.2024.
7. ↑ [SIPRI Arms Industry Database](#), abgerufen am 04.01.2024
8. ↑ [Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts München](#), Abruf vom 05.01.2024
9. ↑ [Webseite von KNDS](#), abgerufen am 04.01.2024
10. ↑ [Panzerbauer kauft Brückenhersteller](#), Handelsblatt vom 23.05.2012, abgerufen am 01.07.2014
11. ↑ [Fusion: KMW und Nexter bilden Rüstungsriesen](#), Spiegel Online vom 29.07.2015, abgerufen am 04.01.2024
12. ↑ [KNDS AND LEONARDO FORM STRATEGIC ALLIANCE](#), knds.com vom 13.12.2023, abgerufen am 18.01.2024

13. ↑ [Leonardo will mit KNDS neuen Panzerbauen](#), handelsblatt.com vom 15.12.2023, abgerufen am 18.01.2024
14. ↑ [Impressum KNDS](#), knds.de, abgerufen am 04.01.2023.
15. ↑ [Lobbyregister Deutscher Bundestag](#), abgerufen am 04.01.2024
16. ↑ [Transparency Register \(EU-Lobbyregister\)](#), abgerufen am 04.01.2024
17. ↑ ^{17,017,1} [Schwarz-Gelbe Vorgängerregierung Rüstungslobby ging "ein und aus"](#), Stern.de vom 14.04.2014, abgerufen am 27.06.2014
18. ↑ [SPD-Politiker kassierten bei Panzerdeal](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
19. ↑ [Griechischer Ex-Spitzenbeamter gesteht Schmiergeld-Deal um deutsche Panzer](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 28.12.2013, abgerufen am 16.07.2014
20. ↑ [Schmiergeldskandal: Griechischer Ex-Vertreter von Panzerkonzern KMW verhaftet](#), Spiegel Online vom 30.12.2013, abgerufen am 16.07.2014
21. ↑ [SPD-Politiker kassierten bei Panzerdeal](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
22. ↑ [Panzerdeal setzt Gabriel unter Druck](#), Handelsblatt.com vom 19.05.2014, abgerufen am 04.01.2024
23. ↑ [Wegen Panzer-Deal mit AthenKorrupte SPD-Abgeordnete im Visier der Staatsanwälte](#), Focus.de vom 22.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
24. ↑ ^{24,024,1} [Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann: Panzer und Genossen](#), Süddeutsche.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
25. ↑ [Panzerdeal setzt Gabriel unter Druck](#), Handelsblatt.com vom 19.05.2014, abgerufen am 04.01.2024
26. ↑ [Verdacht auf Schmiergeld. Razzia bei Panzer-Hersteller Kraus-Maffei-Wegmann](#) Mitteldeutsche Zeitung, 17. November 2014, zuletzt aufgerufen am 04.01.2024
27. ↑ [Korruption Ex-KMW-Manager in Haft](#) Spiegel vom 04.04.2015, zuletzt aufgerufen am 04.01.2024
28. ↑ [Griechischer Ex-Spitzenbeamter gesteht Schmiergeld-Deal um deutsche Panzer](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 28.12.2013, abgerufen am 21.01.2022.
29. ↑ [Griechischer Ex-Spitzenbeamter gesteht Schmiergeld-Deal um deutsche Panzer](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 28.12.2013, abgerufen am 21.01.2022.
30. ↑ [Geschichte](#), Webseite von KMW, abgerufen am 27.06.2014
31. ↑ [Panzerproduzent Krauss-Maffei Wegmann - Die verschwiegenen Macher des Leopard-2-Panzers](#), Focus.de vom 03.07.2014, abgerufen am 27.06.2014.
32. ↑ [Geschichte](#) knds.com, abgerufen am 17.01.2024
33. ↑ [Leopard-Panzer-Deal - Saudi-Arabien verliert Geduld mit Deutschland](#), Zeit Online vom 12.07.2013, abgerufen am 04.01.2024.

Lobbyregister

Weiterleitung nach:

- [Lobbyregister \(Überblick\)](#)

Lobbyregister EU

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Seit 2008 gibt es auf [EU-Ebene](#) ein [Lobbyregister](#), das EU-Transparenzregister. Eine Registrierung ist für alle Interessenvertreter:innen gegenüber [EU-Parlament](#), [Kommission](#) und dem [Rat der EU](#) freiwillig, allerdings ist der Erhalt bestimmter Berechtigungen, wie etwa der Möglichkeit Kommissionsmitglieder zu treffen, an eine Eintragung in das Register geknüpft. Alle im Register eingetragenen Akteure verpflichten sich zur Einhaltung eines Verhaltenskodex'.

Im [EU-Transparenzregister](#) sind nur jeweils aktuelle Informationen abrufbar. Alte Einträge, sowie die Möglichkeit Akteure nach der Zahl ihrer Treffen oder der Größe ihres Budgets zu sortieren, finden sich auf [lobbyfacts.eu](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	62
1.1 Rechtsgrundlage	62
1.2 Registrierung	63
1.3 Verpflichtende Angaben	63
1.4 Nachteile bei Nicht-Registrierung	63
1.5 Beschwerden und Sanktionsmöglichkeiten	64
2 Kritik	64
2.1 Datenqualität	64
2.2 Katargate	65
2.3 Mangelnde Sanktionen	65
3 Hintergrund	65
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
5 Einzelnachweise	66

Rechtsgrundlage und Zuständigkeit

Rechtsgrundlage

In Artikel 11 des *Vertrags über die Europäische Union* verpflichtet sich die EU zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.“^[1]

Die Grundlage für das aktuelle Transparenzregister ist die Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen **EU-Parlament**, **EU-Kommission** und dem **Rat der Europäischen Union**. Die erste Version von 2011, die, noch ohne den Rat, das Transparenzregister einführte, wurde zuletzt 2021 überarbeitet.^[2]

Die laufende Verwaltung des Registers unterliegt einem gemeinsamen Sekretariat, bestehend aus neun Mitarbeitenden der drei teilhabenden Organe. Die Aufsicht über das Sekretariat hat ein aus den Generalsekretär:innen von Parlament, Kommission und Rat bestehender Verwaltungsrat, der die strategischen Leitlinien und Prioritäten für das Transparenzregister vorgibt.^[3]

Registrierung

Die Registrierung für die Online-Plattform ist freiwillig, jedoch stimmt jede Organisation, die sich registriert, automatisch dem **Verhaltenskodex** für Interessenvertreter zu. Über einen Nutzerzugang können Daten hinzugefügt oder aktualisiert werden. Registrierte Vertreter sind für Korrektheit, Aktualität und Vollständigkeit verantwortlich. Sie sind unter anderem dazu verpflichtet, ihre Angaben spätestens drei Monate nach einer Änderung zu aktualisieren, und müssen ihren Account einmal im Jahr verifizieren.^[2] Stand März 2023 sind über 12.000 Akteure eingetragen.^[4]

Verpflichtende Angaben

Lobby-Akteure, die sich für das Transparenzregister anmelden, müssen verschiedene Angaben zu ihren Tätigkeiten machen:^[2]

- allgemeine Angaben (Adresse, rechtlicher Status, etc.)
- Interessen und Tätigkeiten des Akteurs
- Verbindungen zu und Mitgliedschaften bei anderen Akteuren/Organisationen
- Teilnahme an EU-Strukturen und Plattformen (Ausschüsse, Foren, Expertengruppen der EU-Kommission)
- Geld- und Personalaufwand für diese Tätigkeiten
- Gesetze und Vorlagen, an denen der Akteur arbeitet

Nachteile bei Nicht-Registrierung

Organisationen, die sich nicht registrieren, verzichten auf verschiedene Privilegien im Umgang mit den Europäischen Institutionen, wie etwa:^[5]

Parlament

- freier Zugang zu Gebäuden des EU-Parlaments
- nur registrierte Vertreter können als Redner vor einen Parlamentsausschuss eingeladen werden
- Teilnahme an parteiübergreifenden parlamentarischen Foren

Kommission

- Treffen mit Kommissionsmitgliedern, Kabinettsmitgliedern, Generaldirektoren
- Teilnahme an Expert:innengruppen als Interessenvertreter:innen

Rat

- Treffen mit Generalsekretär:in und Generaldirektor:innen
- Teilnahme an Briefings und Veranstaltungen

Auch ohne Registrierung ist es jedoch für Lobby-Akteure möglich, das EP-Gebäude zu betreten – zum Beispiel mit einer Einladung eines:r Abgeordneten – oder sich mit ihnen außerhalb des Parlaments zu treffen. Ebenso können Lobbyakteure Mitglieder der EU-Kommission treffen, die unterhalb des Rangs der Generalsekretär:innen rangieren oder alle Mitglieder ständiger Vertretungen außer den beiden Botschafter:innen.

Beschwerden und Sanktionsmöglichkeiten

Die Angaben der Organisationen sollen durch das Sekretariat stichprobenartig oder nach Hinweisen über das Beschwerdeformular überprüft werden. Es kann über die Löschung der Daten verfügen, wenn diese veraltet oder falsch sind, oder wenn die Inhalte nicht für die Registrierung geeignet sind.^[3]

Stellt das Sekretariat Verstöße gegen die Leitlinien fest, kann es neben der Löschung der Daten auch ein Verbot einer erneuten Registrierung zwischen 20 Werktagen und zwei Jahren aussprechen. Somit gehen der betroffenen Organisation für den Zeitraum die Privilegien die mit der Eintragung einhergehen, verloren.^[2]

2021 führte das Sekretariat 3.360 Qualitätskontrollen durch. Rund ein Drittel der Überprüfungen führten zu Löschungen, weil die Daten veraltet oder nicht angemessen waren, in den restlichen Fällen waren die Angaben zufriedenstellend oder wurden nach Aufforderung nachgebessert.^[3]

Kritik

Datenqualität

Auf Grund der Unterbesetzung des für die Verwaltung zuständigen Sekretariats mit zunächst sechs, seit 2021 neun, Mitarbeitenden treten immer wieder erhebliche Mängel in der Datenqualität zu Tage. So machten LobbyControl und die NGO Corporate Observatory Europe zuletzt Ende 2022 das Sekretariat auf über 400 fehlerhafte Einträge im Transparenzregister aufmerksam, was im Januar 2023 zu einer Korrektur von 59% der Einträge und zu einer Löschung von 38% der Einträge führte.^[6]

Darüber hinaus müssen seit 2021 NGOs nur noch ihr gesamtes Jahresbudget und nicht mehr, wie kommerzielle Organisationen auch, ihr jährliches Lobbybudget. Dies führt neben der schlechten Vergleichbarkeit der Daten zu der Gefahr, dass kommerzielle Organisationen ihre Interessenvertretung in nicht-kommerziellen Verbänden organisieren und so ihre Lobbyausgaben kaschieren.^[7]

Katargate

Im Zuge der **Katargate**-Affäre wurde Ende 2022 klar, dass das Register nicht wie gedacht funktioniert. So tauchten weder die in der Angelegenheit belasteten Staaten Katar und Marokko im Transparenzregister auf, obwohl die Eintragung von nicht-EU-Staaten als Auftraggeber Pflicht ist, noch war die NGO des belasteten ehemaligen EU-Parlamentariers **Panzeri** registriert, obwohl diese Veranstaltungen im EU-Parlament veranstaltet hatte.^[8]

Infolgedessen wurde diskutiert, ein weiteres Register für Interessenvertretung von nicht-EU-Staaten, nach Vorbild des amerikanischen **FARA** und des australischen **FITSA** einzuführen oder auch Diplomaten:innen aus nicht-EU-Staaten dazu zu verpflichten, sich in das bestehende Register einzutragen.

Mangelnde Sanktionen

Das EU-Transparenzregister ist nicht rechtsverbindlich, sondern setzt auf den Verlust von Privilegien als Anreiz für eine Registrierung, da nach Rechtsauffassung der EU-Kommission eine rechtsverbindliche Regelung nur mit einer Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Union (und somit eines einstimmigen Votums im Rat) möglich ist. Allerdings wies bereits 2013 ein **Gutachten** im Auftrag des von LobbyControl mitgegründeten Netzwerks ALTER-EU eine alternative Auslegung des EU-Rechts auf. Eine Veränderung zugunsten der Rechtsverbindlichkeit hatte dies jedoch nicht zur Folge.^{[9][10]}

Auch die Anreize im bestehenden Rahmen könnten restriktiver ausgestaltet sein. So beschränkt sich die Registrierungspflicht im Rat lediglich auf Treffen mit dem Generalsekretariat, das die Arbeit des Rats lediglich koordiniert und organisiert, und somit keine zentrale Anlaufstelle für Lobbyist:innen ist. Von viel größerem Interesse sind hier die ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten, für die aber keine Registrierung im Transparenzregister notwendig ist.^[11] Nichtsdestotrotz veröffentlichen einige Vertretungen, wie etwa die deutsche, ihre Treffen auf freiwilliger Basis.^[12]

Hintergrund

Das EU-Transparenzregister geht auf eine Initiative des damaligen EU-Kommissars für Verwaltung, Audit und Korruptionsbekämpfung **Siim Kallas** zurück. Dieser erklärte 2005 in einer Rede Lobbyist:innen hätten großen Einfluss auf die Gesetzgebungsverfahren der EU, dieser bliebe aber viel zu intransparent. Als Lösung hierfür schlug er ein verpflichtendes Lobbyregister und Sanktionen bei Fehlverhalten vor. 2008 führte die Kommission jedoch lediglich ein freiwilliges Transparenzregister ein, dem das EU-Parlament mit der ersten interinstitutionellen Vereinbarung 2011 beitrug. 2014, mit dem Amtsantritt der **Jean-Claude Juncker**-Kommission, wurden mit der Verpflichtung für Lobbyist:innen sich im Register einzutragen, wenn sie sich mit Mitgliedern der Kommission treffen wollen, erstmals gewichtige Anreize geschaffen, sich einzutragen. Tatsächlich führte diese Regelungen zu einem rapiden Anstieg der Eintragungen in den Folgejahren, sodass heute davon ausgegangen werden kann, dass die überwiegende Mehrheit der Lobbyist:innen eingetragen sind. 2021 folgte die Einführung im Rat der EU.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EurLex-Portal Vertrag über die Europäische Union, überarbeitete Fassung von 2012](#) abgerufen am 20.10.2016
2. ↑ [2,02,12,22,3 Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über ein verbindliches Transparenz-Register](#), eur-lex.europa.eu, abgerufen am 21.03.2023
3. ↑ [3,03,13,2 Jahresbericht über das Funktionieren des Transparenzregisters 2021](#), ec.europa.eu, abgerufen am 21.03.2023
4. ↑ [Statistics](#), ec.europa.eu, abgerufen am 27.03.2023
5. ↑ [Leitlinien für die interinstitutionelle Vereinbarung von 2021](#) abgerufen am 27.03.2023
6. ↑ [LobbyControl auf Twitter](#), twitter.com, abgerufen am 21.03.2023
7. ↑ [Offener Brief an die Kommissarin Jourova vom 02.02.2022](#), alter-eu.org, abgerufen am 27.03.2023
8. ↑ [Qatargate: Corruption scandal widens with more EU lawmakers in frame](#), politico.eu vom 16.02.2023, abgerufen am 27.03.2023
9. ↑ [Legal Framework for a Mandatory EU Lobby Register and Regulations](#), Prof.Dr. Markus Krajewski, lobbycontrol.de, abgerufen am 27.03.2023
10. ↑ [Gutachten: Verpflichtendes Lobbyregister möglich](#), lobbycontrol.de vom 18.06.2013, abgerufen am 27.03.2023
11. ↑ [EU Transparenzregister: Gremium der Mitgliedstaaten will mitmachen, aber nur ein bisschen](#), lobbycontrol.de vom 21.12.2017, abgerufen am 27.03.2023
12. ↑ [Transparenzregister](#), bruessel-eu.diplo.de, abgerufen am 27.03.2023

Sigmar Gabriel

Sigmar Hartmut Gabriel (* 12. September 1959 in Goslar) ist ein ehemaliger deutscher Politiker, Vizekanzler, Bundesumwelt-, Wirtschafts-, sowie Außenminister (**SPD**). Nach seiner politischen Laufbahn wurde Gabriel als Berater und Lobbyist tätig. Dort stellt er sein politisches Know-How und seine Netzwerke in den Dienst diverser Akteure aus Industrie und Bankwesen, sowie politischer Strategiebüros und Denkfabriken.

Bereits in seiner Funktion als Bundeswirtschaftsminister haben seine Entscheidungen für Kontroversen gesorgt, darunter die Ministererlaubnis für die vom Kartellamt untersagte Edeka-Tengelmann Fusion. In seiner Zeit als Bundesumweltminister galt er als wirtschaftsnah, so dass Umweltexperten wie Wolfhart Dürrschmidt und Abgeordnete, wie Marco Bülow „den Anfang vom Ende einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik in Deutschland mit dem Amtseintritt von Sigmar Gabriel als Bundesumweltminister 2005“ datieren.^[1]

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Durch seine lange Tätigkeit in politischen Funktionen hat der Minister a. D. ein breites Netzwerk an Kontakten. Dieses ist für Akteure aus der Privatwirtschaft attraktiv um ihren Belangen Gehör in Regierungskreisen verschaffen. Für sein Auftreten nach Amtsausstieg geriet Gabriel wiederholt in die Kritik: Für Beratertätigkeiten, wie etwa für die Tönnies Holding^[2]; wegen seines nach Karriereende kurzfristigen [Seitenwechsels](#) zur [Deutschen Bank](#)^[3]; oder aufgrund seiner Auftritte bei intransparenten Abendessen gemeinsam mit Mandats- träger:innen und Vertreter:innen der Rüstungs- und Automobilindustrie.^[4] Im Mai 2025 soll Gabriel in den Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns Rheinmetall gewählt werden.^[5]



Sigmar Gabriel (2018)

Gabriels zahlreiche [Seitenwechsel](#) zeigen die Notwendigkeit einer starken [Karenzzeitregelung](#).^[6]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	68
1.1 Tätigkeiten für die Wirtschaft	68
1.2 Politische Laufbahn	68
1.3 Akademischer Werdegang	68
2 Lobbytätigkeiten nach Politikausstieg	69
2.1 2024/2025: Rheinmetall	69
2.2 2022: thyssenkrupp	69
2.3 2020: Deutsche Bank	69
2.4 2020: Tönnies Holding	70
2.5 2020: Siemens	70
3 Kontroversen während der politischer Laufbahn	71
3.1 2015-2017: Treffen mit Gazprom und der Nord Stream AG	71
3.2 2015: Abmilderung der Klimaabgabe	72
3.3 2015: Edeka-Tengelmann Fusion	72
3.4 2014: CETA-Kontroverse um private Schiedsgerichte	73
3.5 2003: VW - Affäre	73
4 Zitate	73
5 Weiterführende Informationen	73

6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	74
7 Einzelnachweise	74

Karriere

Tätigkeiten für die Wirtschaft

- Im Mai 2025 soll Gabriel in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt werden.^[7]
- seit 02/2022 Geopolitischer Berater bei der [Brunswick Group](#)^[8]
- seit 2020 Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy^[9]
- seit 05/2020 Mitglied des Aufsichtsrats und des Integritätsausschusses im Aufsichtsrat der [Deutschen Bank](#)^[10]
- seit 2019 „Senior Advisor“ beim Politikberatungsunternehmen [Eurasia Group](#)^[11]
- 04/2022-08/2024 Aufsichtsratsvorsitzender von [Thyssenkrupp Steel Europe](#)^[12]
- 02/2020-05/2020 Berater für die [Tönnies Holding](#)^[13]
- seit 05/2019 Schirmherr des Arbeitgebersiegels "TOP JOB" vom Zentrum für Arbeitgeberattraktivität (Zeag GmbH) ^[14]
- seit 03/2019 Mitglied im Beirat vom Wirtschaftsprüfungsunternehmen [Deloitte](#)^[15]
- 06/2018-03/2020 Publizistische Tätigkeit für die [Holtzbrinck-Verlagsgruppe](#)^[16]
- seit 2018 Gesellschafter des Berliner Beratungsunternehmens [VIB - International Strategy Group](#)^[17]
- seit Mai 2018 Mitglied des Kuratoriums der [International Crisis Group](#)^[18]
- 2003-2004 Geschäftsführer und Gesellschafter der Communication, Network, Service GbR CoNeS), welche die Volkswagen AG zur europäischen Industriepolitik beriet. Zu dieser Zeit war Gabriel Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag^[19]

Politische Laufbahn

- seit 2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)^[20] und Mitglied der [Trilateralen Kommission](#)^[21] sowie des [European Council on Foreign Relations](#)^[22]
- 2017-2018 Bundesminister des Auswärtigen
- 2013-2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie
- 2009-2017 SPD Bundesvorsitzender
- 2005-2009 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 2003-2005 Stellvertretender Vorsitzender der SPD Niedersachsen, sowie Amt des *Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs der SPD*
- 1999-2003 Ministerpräsident Niedersachsen
- 1977-1999 Kommunal- und Landespolitik Niedersachsen
- 1976-1987 Jugendfunktionär bei den Falken

Akademischer Werdegang

- 1989 Abschluss des Referendariats mit dem zweiten Staatsexamen
- 1987 Abschluss mit dem ersten Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien

- 1982-1987 Studium der Fächer Germanistik, Politik und Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen
- 1979-1981 Soldat auf Zeit (letzter Dienstgrad Obergefreiter) in einer Radareinheit der Luftwaffe
- 1979 Abitur
- 1976 Mittlere Reife

Lobytätigkeiten nach Politikausstieg

2024/2025: Rheinmetall

Gabriel wurde für den Aufsichtsrat nominiert. Im Mai 2025 soll die Hauptversammlung dies bestätigen. ^[23]

2022: thyssenkrupp

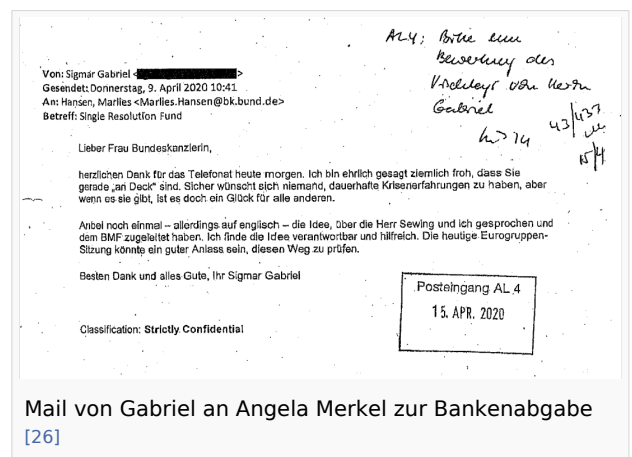
Am 7. April 2022 wurde Gabriel zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates beim Stahlkonzern [thyssenkrupp Steel Europe AG](#) gewählt. ^[24]

Am selben Tag telefonierte er mit Jörg Kukies, dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Thema: „ThyssenKrupp/Herrenknecht“. Bei weiteren sechs Telefonaten und einem Treffen ging es um die Stahlindustrie, Grünen Stahl, den EU-Emissionshandel, Stahlindustrie-Wiederaufbau in der Ukraine und Energiekosten in Deutschland. Bei zwei Treffen mit Bundeskanzler Scholz im Juli und Dezember 2022 wurde „allgemeiner Austausch“ vermerkt, genauso beim Treffen mit Bundesminister Habeck im Dezember 2022. Ein Telefonat mit Staatssekretär Udo Philipp (BMWK) im April 2023 hatte „Beihilfen des Bundes für Thyssenkrupp Steel Europe AG“ zum Thema. ^[25]

Am 29.08.2024 hat Sigmar Gabriel mitgeteilt, dass er sein Mandat als Vorsitzender des Aufsichtsrats der thyssenkrupp Steel Europe AG fristgerecht niedergelegt hat und aus dem Aufsichtsrat ausscheiden wird.

2020: Deutsche Bank

2020 wurde Gabriel Mitglied des Aufsichtsrat sowie des Integritätsausschusses des Aufsichtsrat der [Deutschen Bank](#). Diese steht seit Jahren in der Kritik für ihre z.T. riskanten und unsauberen Geschäftspraktiken und hat in diesem Kontext seit 2012 in Europa und in den USA weit mehr als zehn Milliarden Euro an Schadenersatz und Strafen zahlen müssen. Gabriels eigentliche Rolle im Aufsichtsrat ist es zu überwachen, ob der Vorstand sich an alle geltenden Gesetze sowie bankinterne Regeln hält. ^[27] Entgegen dieser eigentlich klar definierten Rolle, habe der Minister a.D. laut der Süddeutschen Zeitung jedoch ein „*falsches Amtsverständnis*“ zu Tage gelegt. Denn Gabriel habe laut Recherchen des Medienhauses



im Kanzleramt dafür geworben, die sogenannte europaweite Bankenabgabe befristet auszusetzen, um die deutsche Wirtschaft weiter mit Krediten versorgen zu können. Dem Schreiben lag eine Argumentationshilfe der Deutschen Bank bei, zu der Gabriel schrieb: „*Ich finde die Idee verantwortbar und hilfreich*“.^[28] Nach Auffassung von SZ-Autorin Meike Schreiber belege dieses Vorgehen die Lobbytätigkeit des Ex-Ministers für den Konzern, ein Agieren, für das er nicht offiziell angestellt wurde.^[29] Gabriel erhält jährlich 166.000 Euro als Aufsichtsrat bei der Deutschen Bank.^[26]

2020: Tönnies Holding

Für die **Tönnies Holding**, Deutschlands größtem Schlachtbetrieb für Schweine, war Gabriel von März bis Ende Mai 2020 als Berater tätig. Der Außenminister a.D. Gabriel wurde vom Unternehmen angestellt um seine Kontakte, insbesondere die aus dem chinesischem Raum zur Verfügung zu stellen. Dabei ging es auch um wertvolle Exportlizenzen.^[30] Für seine Beratertätigkeit erhielt Gabriel 10.000 Euro monatlich, zuzüglich eines vierstelligen Honorars je Reisetag.^[31]

Kritisch ist Gabriels Tätigkeit unter dem Aspekt, dass er schon zuvor in seiner Funktion als Wirtschaftsminister mit **Tönnies** zu tun hatte. Im Jahr 2015 hatte Gabriel die Arbeitsbedingungen in der Fleischverarbeitungsindustrie noch als „*Schande für Deutschland*“ bezeichnet. Infolgedessen wurde Gabriel persönlich von **Clemens Tönnies** durch den Firmenstandort in Rheda-Wiedenbrück geführt. Anschließend wurde von einer gesetzlichen Regulierung abgesehen. Lediglich eine freiwillige Selbstverpflichtung von **Tönnies** und einigen weiteren Unternehmen der Fleischindustrie kam zustande. Diese wurde parteiübergreifend als wirkungslos bezeichnet. Die F.A.Z berichtete in diesem Kontext über ein Schreiben des Firmenmitteigentümers **Robert Tönnies**, in dem er vor einem „*Imageschaden*“ für das Unternehmen warnt, da Gabriels Beratervertrag als „*nachträgliche Belohnung*“ für den Minister aufgefasst werden könnte.^[32] Gabriel beendete seinen Vertrag mit **Tönnies** Ende Mai 2020 mit der Begründung, er müsse sich einer komplizierten Operation unterziehen und könne deshalb die Tätigkeit nicht fortführen. Zu diesem Zeitpunkt stand die Fleischindustrie auch bereits wegen Corona-Ausbrüchen in der Kritik. Andere Beraterverträge kündigte Gabriel nicht.^[33]

2020: Siemens

Während seiner politischen Laufbahn hatten Gabriel und **Siemens** viele Berührungspunkte, seit 2020 sitzt er im Aufsichtsrat von Siemens Energy.^[34] Bereits im Jahr 2014 hatte sich Gabriel in seiner Rolle als Wirtschaftsminister für einen Teilverkauf von **Alstom** an **Siemens** stark gemacht.^[35] Obwohl dieser Deal damals nicht zustande kam, ist Gabriels Engagement in der Sache aus späterer Sicht interessant. Dieser wurde nach seinem Ausscheiden aus der Politik nämlich für den Verwaltungsrat des (erneut) geplanten Fusionsunternehmens Siemens-Alstom nominiert. Kritiker bemängelten dabei, dass Gabriels Unterstützung für den Siemens-Konzern bei der Vergabe des Postens eine Rolle gespielt haben könnte: Ob bei dem beschriebenen Fusionsdeal, oder etwa als der Konzern den größten Auftrag in seiner Geschichte mit der Lieferung von Kraftwerkstechnik nach Ägypten ergatterte und sich anschließend ausdrücklich bei Gabriel dafür bedankte - Gabriel und **Siemens** Chef **Joe Kaiser** standen damals in engem Kontakt.^[36] LobbyControl konstatierte damals, es gelte den Anschein zu vermeiden, dass sich **Siemens** bei Gabriel dankbar zeige: „*Der Ex-Minister sollte zumindest eine 18-monatige Karenzzeit einhalten*“.^[36] Nachdem die EU Kommission die Fusion der beiden Unternehmen untersagt hatte, war konsequenterweise auch Gabriels Aufsichtsratsposten vom Tisch.^[37] 2020 wurde er dann jedoch in den Aufsichtsrat der **Siemens** Tochter, Siemens-Energy, berufen.^[38]

Kontroversen während der politischer Laufbahn

2015-2017: Treffen mit Gazprom und der Nord Stream AG

Recherchen von Correctiv zufolge hat Gabriel eine zentrale Rolle dabei gespielt, die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas zu zementieren. So war dieser ein prominenter Gast beim [Deutsch-Russischen Rohstoff-Forum](#) und pflegte Beziehungen zum [Seitenwechsler Heino Wiese](#), dessen Karriere von der Landespolitik für die SPD zum russischen Honorarkonsul reichte. Dieser sollte einmal über Gabriel gesagt haben: „*Den habe ich beim Thema Russland bearbeitet.*“^[39] Eine Anfrage der Linken im Bundestag im Dezember 2017 hatte zudem ergeben, dass Wirtschaftsminister Gabriel sich im Zeitraum 2015-2017 insgesamt 16 mal mit Vertretern von [Gazprom](#) und der [Nord Stream AG](#) getroffen hatte.^[40] Konkret traf Gabriel als Bundeswirtschaftsminister sechs Mal auf den Gazprom-Chef [Alexej Miller](#), sieben Mal auf [Matthias Warnig](#), den Geschäftsführer der [Nord Stream 2 AG](#), und einmal auf [Gerhard Schröder](#).^[41] Bei einem Gespräch Gabriels mit Miller am 29. Oktober 2015 in Moskau war auch Putin anwesend, der sich für dieses Treffen außergewöhnlich viel Zeit genommen habe. Zwischen Warnig und Gabriel sind drei weitere Treffen für dessen Zeit als Außenminister dokumentiert.^[42] Zumeist soll es bei diesen Treffen um Nord Stream 2 und die Erweiterung der Pipeline gegangen sein. Das Projekt, welches 2022 aufgrund des russischen Angriffes auf die Ukraine gestoppt wurde, stand bereits 2014 aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland unter heftiger Kritik. 2022 räumte Gabriel ein, dass man strategische Fehler gemacht habe und früher Energiezulieferverträge diversifizieren hätte müssen, um eine Abhängigkeit von russischem Gas zu vermeiden.^[43]

Diese Abhängigkeit hatte Gabriel - unter anderem mit der Absegnung eines folgenschweren Deals - besiegelt. Wie das Politmagazin "Monitor" berichtete, erhielt bei diesem Deal [BASF](#) Anteile an sibirischen Gasfeldern, während der russische Staatskonzern [Gazprom](#) die Kontrolle über das deutsche Gasunternehmen [Wingas](#) übernahm. Dieser Asset-Tausch wurde zwar aufgrund der Krim-Krise vorerst auf Eis gelegt. Doch bereits ein Jahr nach der Krim-Annexion auf Drohungen des russischen Energieministers wieder aufgetaut. Auch eine persönliche Mail an Minister Gabriel des [BASF](#) Vorstandschefs [Kurt Bock](#) räumte Zweifel aus. Gabriel leistete Bocks Bitte Folge und vermerkte handschriftlich: "*Ich unterstütze den Antrag*". Die Genehmigung wurde auf dem kurzen Dienstweg beschlossen und an den [BASF](#)-Chef per persönlichem Brief übermittelt. Darüber hinaus erteilte Gabriel für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[44]

Das Recherchenetzwerk Correctiv zeigte sich gegenüber Gabriels Position irritiert: Entgegen der Forderungen aus Wirtschaft und Industrie hätten dem Ministerium zu diesem Zeitpunkt bereits Gutachten vorgelegen, deren Prognosen zeigten, dass die Übergabe der Kontrolle dieser Versorgungsstrukturen an Gazprom diesen „*Tür und Tor öffnet, das Land lahm zu legen*“. Die Folgen dieser selbst geschaffenen Abhängigkeit zeigten sich angesichts wachsender Spannungen mit dem autoritären Regime unter dem russischen Präsidenten Putin: Schon im Winter 2021/22 füllte der staatliche Gaskonzern Gazprom seine Speicher in Deutschland nicht ausreichend.^[45] Laut Correctiv war auch 2022 noch nicht transparent welche Konzernteile damals Teil des Tauschgeschäfts waren. Im Juli 2022 hielt das Wirtschaftsministerium noch wichtige Dokumente unter Verschluss, teils mit dem Verweis, dass vorerst Gazproms Interessen abgefragt werden müssten.^[46]

2015: Abmilderung der Klimaabgabe

2015 geriet der Wirtschaftsminister Gabriel in die Kritik für seine Entscheidung, die Klimaabgabe für alte Kohlekraftwerke abzumildern. Laut dieser Entscheidung sollten Kohlekraftwerke nur 16 Millionen Tonnen CO₂ bis zum Jahr 2020 einsparen, deutlich weniger als die zuvor geforderten 22 Millionen.^[47] Nachdem ein ambitionierter Aufschlag des Wirtschaftsministeriums von Vertretern der Kohleindustrie, sowie führenden CDU Politikern heftig kritisiert wurde, erklärte Gabriel das Instrument anzupassen. Greenpeace Experte Karsten Smidt kritisierte damals, dass die Kohle-Abgabe ohnehin nicht besonders ehrgeizig sei, sondern das absolute Minimum, um das 40-Prozent-Ziel zu schaffen: *"Wer diese Vorschläge verwässert, rüttelt am deutschen Klimaschutzziel»"*^[48]. Obwohl auch Wissenschaftler:innen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gemahnt hatten an der Klimaabgabe festzuhalten, rückte Gabriel nach *"Widerstand von Energieversorgern, Gewerkschaften und Ländern mit Kohlekraftwerken"* letztlich von der Klimaabgabe ab.^[49]

2015: Edeka-Tengelmann Fusion

Im Fall Edeka-Tengelmann hatte Gabriel einen zuvor vom Kartellamt untersagten Verkauf von 450 **Tengelmann** Filialen an die **Edeka** per Ministererlaubnis genehmigt und wurde dafür scharf kritisiert. Insbesondere die **REWE Group** kritisierte damals das Vorgehen, da auch sie ein Angebot vorgelegt hatte, jedoch nicht berücksichtigt wurden und vom Minister keinen Gesprächstermin erhielt.^[50] Der Eigner von **Tengelmann Karl-Erivan Haub** hingegen hatte sich bereits frühzeitig und vehement für einen Termin bei Gabriel eingesetzt. Darüber hinaus war die Lobbyagentur **EUTOP** von **Edeka** beauftragt worden, sich in der Politik für eine Unterstützung der Fusion einzusetzen. Bei Kontakten zum **Bundeswirtschaftsministerium** kann sich **EUTOP** auf die Beziehungen ihres Geschäftsführers **Detlef Dauke** stützen, der bis Frühjahr 2015 Abteilungsleiter für Innovations-, IT- und Kommunikationspolitik im **BMWi** war.^[24] Am 1. Dezember 2015 traf sich Gabriel nacheinander mit den Chefs von **Edeka** und **Tengelmann** – jedoch ohne Protokoll. Die Tagesschau bewertete diese Vorgänge als *„merkwürdig“*, da in der sonstigen Arbeit des Ministeriums das dokumentarische Protokollieren gang und gäbe gewesen sei.^[51]

Die Monopolkommission war nach genauer Prüfung des Sachverhalts schließlich zu dem Ergebnis gekommen, dass *"die mit dem Zusammenschlussvorhaben einhergehenden nachteiligen Wettbewerbsbeschränkungen nicht mit hinreichender Sicherheit durch Gemeinwohlvorteile ausgeglichen"* würden. Dies sei aber für die Erteilung der Ministererlaubnis notwendige Bedingung.^[52] Nach Klagen der Wettbewerber **Norma**, **Markant** und **Rewe** hob das Oberlandesgericht Düsseldorf 2016 die Ministererlaubnis auf – ihre Unrechtmäßigkeit wurde damit begründet, dass Gabriel *„geheime Gespräche“* geführt habe und somit eine *„gleichmäßige Einbeziehung und Information aller Verfahrensbeteiligten“* unterlassen habe.^[53] Erst durch das Einschreiten des Alt-Kanzlers **Gerhard Schröder** konnte ein Interessenausgleich geschaffen und somit die Klage gegen Gabriel fallen gelassen werden. Die umstrittene, zunächst als unrechtmäßige erklärte Ministererlaubnis wurde somit zuletzt doch bestandskräftig.^[54] Der damalige Vorsitzende der Monopolkommission bezeichnete die Übernahme von **Tengelmann** durch **Edeka** als die *"schlechteste aller denkbaren Varianten"*^[55] und trat aus Protest gegen Gabriels Vorgehen 2016 von seinem Posten zurück.^[52]

2014: CETA-Kontroverse um private Schiedsgerichte

Im November 2014, geriet Gabriel im Rahmen der Verhandlungen um das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Canada (CETA) in die Kritik, da er das Abkommen inklusive des sogenannten [Investorenschutzes durch private Schiedsgerichte](#) verabschieden wollte. Dieser Mechanismus wurde wenige Wochen zuvor in einem Positionspapier der SPD noch kritisiert.^[56] Auch Gabriel selbst hatte zuvor proklamiert, dass man Sondergerichte zwischen *"entwickelten Rechtsstaaten"* nicht brauche.^[57] Ein im Mai 2016 öffentlich gewordenes, inoffizielles Arbeitsdokument zeigt, dass das Wirtschaftsministerium durchweg an privaten Schiedsgerichten festgehalten hatte und sogar deren Ausbau anstrebte. Dies wurde von der Journalistin Petra Pinzler in der Zeit als *"Trickserei"* kritisiert, da die öffentlichen Aussagen des Ministeriums nicht mit der internen Strategie übereinstimmten. Die Autorin setzte die Entscheidungen zur Förderung privater Schiedsgerichte mit der Lobbyarbeit großer Industrieverbände, wie z.B. [Business Europe](#) in Verbindung.^[58]

2003: VW - Affäre

2003, als Gabriel Fraktionsvorsitzender der SPD Niedersachsen war, hielt er Beteiligungen an dem Beratungsunternehmen Communication, Network, Service GbR (CoNeS). An der CoNeS war Gabriel zunächst mit 75 Prozent und später mit 25 Prozent beteiligt.^[59] Offiziell beriet Gabriel für CoNeS die [Volkswagen AG](#) zwischen Herbst 2003 und Ende 2004 in Fragen der europäischen Industriepolitik. CoNeS soll dafür zwischen 130 000 - 150 000 Euro erhalten haben.^[60] Laut einem Bericht der Welt wies das Betriebsergebnis 2004 für Gabriel einen Gewinnanteil aus der Beteiligung in Höhe von rund 27 000 Euro aus.^[61] Ende September 2004 beendete er das Engagement bei CoNeS und beteuerte keinen Cent aus dem Unternehmen erhalten zu haben.^[62] Eine Klage mit den Vorwürfen der *"Verschleierung einer illegalen Scheintätigkeit für VW, Meineid und ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung des niedersächsischen Landtages"*^[63], die zwei Jahre später gegen Gabriel aufgrund dieser Tätigkeit erhoben wurde, scheiterte an mangelnder Beweislage.^[64] Obgleich Gabriel rechtlich nicht belangt wurde, gab es an der Tätigkeit Kritik. So stellte der ehemalige niedersächsische Landtagspräsident Gansäuer die Frage zu der Affäre: *"Warum vergibt ein Weltkonzern einen hochdotierten Auftrag mit der Thematik ‚Europäische Industriepolitik an eine 2-Mann-Firma, die Gabriel gehört?'"*^[65]

Zitate

"Meine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat von Rheinmetall soll als Beitrag dazu verstanden werden, offensiv mit der Notwendigkeit einer starken und leistungsfähigen Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa umzugehen" Die Bundeswehr müsse wieder verteidigungs- und damit kriegstauglich gemacht werden.^[66]

Kurz nach seinem Ausscheiden als Außenminister und Vizekanzler im März 2018 hatte er gegenüber "Bild am Sonntag" erklärt^[67]

"Man soll nicht an Türen klopfen, hinter denen man selbst mal gesessen hat."

Weiterführende Informationen

Die Lobbyaktivitäten des Sigmar Gabriel, [abgeordnetenwatch.de](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Götze & Joerres \(2020\): Die Klimaschutzlobby, EAN 978-3-492-31502-9, S.151](#)
2. ↑ [Sozialdemokrat Gabriel beriet Fleischmogul Tönnies](#), [daserste.ndr.de](#) vom 02.07.20, abgerufen am 12.07.2022
3. ↑ [Gabriel fehlt das Fingerspitzengefühl](#), [sueddeutsche.de](#) vom 27.01.2020, abgerufen am 12.07.2022
4. ↑ [Die Lobbyaktivitäten des Sigmar Gabriel](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 10.10.2021, abgerufen am 12.07.2022
5. ↑ [Gabriel kontrolliert bald Panzer](#), [sueddeutsche.de](#) vom 06.12.2024, abgerufen am 07.12.2024
6. ↑ [Lobbyreport 2021, S. 32f](#)
7. ↑ [Gabriel kontrolliert bald Panzer](#), [sueddeutsche.de](#) vom 06.12.2024, abgerufen am 07.12.2024
8. ↑ [Gabriel berät für Brunswick.](#), [politik-kommunikation.de](#) vom 14. Februar 2022, abgerufen am 13.09.2022
9. ↑ [Siemens Energy Aufsichtsratsmitglieder](#), [siemens-energy.com](#), abgerufen am 13.09.2022
10. ↑ [Sigmar Gabriel wird Aufsichtsrat der Deutschen Bank](#) [sueddeutsche.de](#) vom 24.01.2020, abgerufen am 13.09.2022
11. ↑ [Sigmar Gabriel nimmt Job bei US-Beratungsunternehmen an.](#) [zeit.de](#) vom 12.11.2019, abgerufen am 13.09.2022
12. ↑ [Gabriel wird neuer Aufsichtsratschef von Thyssenkrupp Steel Europe.](#) [faz.net](#) vom 7. April 2022, abgerufen am 13.09.2022
13. ↑ [Sigmar Gabriels Beratertätigkeit bei Tönnies entsetzt SPD.](#) [spiegel.de](#) vom 02.06.2020, abgerufen am 13.09.2022
14. ↑ [Sigmar Gabriel wird Schirmherr des Arbeitgebersiegels "Top Job"](#)[topjob.de](#) vom 06.05.2019, abgerufen am 13.09.2022
15. ↑ [Ex-Minister Gabriel hat neuen Nebenjob.](#) [spiegel.de](#) vom 27.03.2019, abgerufen am 13.09.2022
16. ↑ [Wechsel zu Holtzbrinck: Sigmar Gabriel wird Journalist](#) [faz.net](#) vom 27.06.2018, abgerufen am 13.09.2022
17. ↑ [Faymann und Sigmar Gabriel starten gemeinsame Firma.](#) [kurier.at](#) vom 07.11.2018, abgerufen am 13.09.2022
18. ↑ [Gabriel übernimmt Posten in Denkfabrik für Krisenbewältigung.](#) [wiwo.de](#) vom 25.05.2018, abgerufen am 13.09.2022
19. ↑ [VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel](#) [welt.de](#) vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
20. ↑ [Vorstandsmitglieder](#) [atlantik-bruecke.org](#), abgerufen am 13.09.2022
21. ↑ [Trilateral Commission Membership List.](#) [http://trilateral.org](#), abgerufen am 13.09.2022
22. ↑ [ECFR Council Membership.](#) [ecfr.eu](#), abgerufen am 13.09.2022
23. ↑ [sigmar-gabriel-spd-aufsichtsrat-rheinmetall](#) [zeit.de](#) vom 05.12.2024, abgerufen am 11.12.2024
24. ↑ [Sigmar Gabriel zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt](#), [thyssenkrupp.com](#) vom 07.04.2022, abgerufen am 15.11.2023

25. ↑ [Wie S. Gabriel einem Milliardenkonzern die Tür zur Bundesregierung öffnete](#), abgeordnetenwatch.de vom 29.09.2023, abgerufen am 15.11.2023
26. ↑ ^{26,026,1} [Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank](#) abgeordnetenwatch.de vom 07.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
27. ↑ [Gabriel fehlt das Fingerspitzengefühl](#) sueddeutsche.de vom 27.01.2020, abgerufen am 14.09.2022
28. ↑ [Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank](#) abgeordnetenwatch.de vom 07.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
29. ↑ [Falsches Amtsverständnis](#) sueddeutsche.de vom 09.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
30. ↑ [Die Kunst des Ausschachtens](#) faz.net vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
31. ↑ [Sozialdemokrat Gabriel beriet Fleischmogul Tönnies](#) daserste.ndr.de vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
32. ↑ [Die Kunst des Ausschachtens](#) faz.net vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
33. ↑ [Gabriels Geschäfte](#) spiegel.de vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
34. ↑ [Supervisory Board of Siemens Energy AG](#) siemens-energy.com, abgerufen am 06.10.2022
35. ↑ [Viel Kritik an Sigmar Gabriels Wirtschaftsjob](#) rundschau-online.de vom 17.05.2018, abgerufen am 13.09.2022
36. ↑ ^{36,036,1} [Gabriels streitbarer Seitenechsel](#) welt.de, vom 16.05.2018, abgerufen am 06.10.2020
37. ↑ [EU Kommission untersagt Zug-Fusion](#) tageschau.de vom 10.05.2019, abgerufen am 06.10.2020
38. ↑ [Ex-SPD-Chef Gabriel wird Aufsichtsrat von Siemens Energy](#) boersen-zeitung.de, vom 27.05.2020, abgerufen am 06.10.2022
39. ↑ [Die Gazprom Lobby](#) correctiv.org vom 20.09.2022, abgerufen am 07.10.2022
40. ↑ [Die Fehler des Sigmar Gabriel](#) welt.de vom 20.04.2022, abgerufen am 13.09.2022
41. ↑ [Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream](#) dserver.bundestag.de vom 15.12.17, abgerufen am 13.09.2022
42. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 13.09.2022
43. ↑ [Sigmar Gabriel räumt Fehler bei Nord Stream 2 ein](#) br.de vom 19.04.22, abgerufen am 13.09.2022
44. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 13.09.2022
45. ↑ [Gazprom-Gasspeicher leerer als Anfang November](#) t-online.de vom 11.12.2021, abgerufen am 11.10.2022
46. ↑ [Bundesregierung stützte Übergabe der deutschen Gasspeicher an Gazprom mit 1,8 Milliarden Euro](#) correctiv.org vom 30.06.2022, abgerufen am 13.09.2022
47. ↑ [Gabriel kommt Kohle-Lobby entgegen](#). In: www.fr.de vom 18.05.2015, abgerufen am 13.09.2022
48. ↑ [Gabriel bessert bei Kohle-Abgabe nach](#) nordkurier.de, vom 24.04.2015, abgerufen am 06.10.2022
49. ↑ [Gabriels Kohleabgabe ist vom Tisch](#) stuttgarter-zeitung.de, vom 25.06.2015, abgerufen am 06.10.2022
50. ↑ [Kommentar: Minister mussten schon für weniger gehen](#). tagesschau.de. vom 12.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
51. ↑ [Gabriel und die Merkwürdigkeiten](#) tagesschau.de vom 15.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
52. ↑ ^{52,052,1} [Rücktritt des Vorsitzenden der Monopolkommission wegen Ministererlaubnis für Edeka /Kaiser's Tengelmann](#) spiegel.de vom 17.03.2016, abgerufen am 14.09.2022
53. ↑ [Ministererlaubnis für Kaiser's-Tengelmann-Übernahme gestoppt](#). tagesschau.de vom 12.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
54. ↑ [Schröder bekommt Kaiser's-Schlichtung hin](#). n-tv.de vom 31.10.2016, abgerufen am 13.09.2022
55. ↑ [Kartellexperte zerpflückt Gabriels Edeka-Kurs](#) spiegel.de vom 30.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
56. ↑ [Ceta-Abkommen: Gabriel kanzelt Freihandelskritiker ab](#). spiegel.de vom 27.11.2014, abgerufen am 13.09.2022

57. ↑ [Bundesregierung trickst bei Schiedsgerichten](#) zeit.de vom 18.05.2016, abgerufen am 13.09.2022
58. ↑ [Also doch Sonderrechte](#) zeit.de vom 25.05.2016, abgerufen am 13.09.2022
59. ↑ [VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel](#) welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
60. ↑ [Gabriel räumt Fehler ein](#) nwzonline.de vom 09.02.2005, abgerufen am 13.09.2022
61. ↑ [VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel](#) welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
62. ↑ [Auch Sigmar Gabriel stand geschäftlich in Beziehung zu VW](#) spiegel.de vom 03.02.2005, abgerufen am 13.09.2022
63. ↑ [Gabriel aus dem Schneider](#), focus.de vom 12.11.2013, abgerufen am 06.10.2022
64. ↑ [VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel](#) welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
65. ↑ [Gabriel wollte mehr](#) focus.de vom 27.03.2016, abgerufen am 13.09.2022
66. ↑ [sigmar-gabriel-spd-aufsichtsrat-rheinmetall](#) zeit.de vom 05.12.2024, abgerufen am 11.12.2024
67. ↑ [Gabriel will nicht Lobbyist werden](#) faz.net vom 19.03.2018, abgerufen am 14.09.2022

Centre for European Policy Studies

Das **Centre for European Policy Studies** (CEPS) ist eine mit Vertretern der Wirtschaft vernetzte Denkfabrik, die regelmäßig Studien für EU-Institutionen und nationale Regierungen erstellt.

Als eine der ressourcenstärksten Denkfabriken ist sie ein wichtiger Akteur wenn es darum geht, bestimmt Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern zu vertreten. ^[1]

Dem Verwaltungsrat ("Board of Directors") gehören ganz überwiegend Personen an, die in Leitungsgremien von Unternehmen/Verbänden mitwirken oder als Unternehmensberater tätig sind. CEPS-Vorsitzender ist Joaquin Almunia, ehemaliger Wettbewerbskommissar, der zudem auch im [European Policy Centre](#) und [Friends of Europe](#)

Vorstand sitzt. Mit dem ehemaligen CEPS- Direktor Dainel Gros saß auch jahrelang (2000-2020) ein Berater von EU-Institutionen und Vizepräsident eines führenden italienischen Vermögensberaters im Verwaltungsrat.

Mitgliedsunternehmen haben Zugang zu einer Reihe von Angeboten, die eine direkte Interaktion mit EU-Entscheidungsträgern ermöglichen. Dazu zählen „Corporate Breakfasts“, die „CEPS Task Force“ oder der Austausch mit bestimmten Interessengruppen in Diskussionsrunden. ^[2]

Centre for European Policy Studies (CEPS)



Rechtsform

Tätigkeitsbereich Europäischer Think-Tank

Gründungsdatum 1983

Hauptsitz 1 Place du Congres, Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.ceps.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	77
1.1 Forschungsinstitute	77
1.2 Netzwerke	77
1.3 Energy Climate House (ECH)	77
1.4 Carbon Market Forum (CMF)	77
2 Fallbeispiele und Kritik	78
2.1 Studien zum Freihandelsabkommen TTIP	78
3 Organisationsstruktur und Personal	78
3.1 Geschäftsführung	78

3.2 Verwaltungsrat (Board of Directors)	79
3.3 Mitglieder	79
3.4 Forschungsbereiche	80
4 Finanzen	80
5 Kurzdarstellung und Geschichte	80
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	81
7 Einzelnachweise	81

Lobbystrategien und Einfluss

Das CEPS war an 22 verschiedenen Projekten des European Commission's Framework Programme („Horizont 2020“ von 2014 bis 2020) beteiligt und verfügte somit über exzellente Verbindungen zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Parlament.

Forschungsinstitute

Die folgenden Forschungsinstitute werden von CEPS gemangt:

- [European Capital Markets Institute \(ECMI\)](#)
- [European Credit Research Institute \(ECRI\)](#)

Netzwerke

Die folgenden Netzwerke werden von CEPS organisiert:

- [European Climate Platform \(ECP\)](#)
- [European Network for Better Regulation \(ENBR\)](#)
- [European Network of Economic Policy Research Institutes \(ENEPRI\)](#)
- [European Policy Institutes Network \(EPIN\)](#)

Energy Climate House (ECH)

CEPS hat das [Energy Climate House \(ECH\)](#) als Exzellenzzentrum für Energie und Klimawandel gegründet.^[3] Es wird von den folgenden Energiekonzernen unterstützt: Electricité de France (EDF), Enel, ENGIE (ursprünglich GDF Suez) , [E.ON](#), ERG, ExxonMobil, Iberdrola und [RWE](#).

Carbon Market Forum (CMF)

Das CMF ist ein Forum, in dem sich Politiker und Regulatoren mit Akteuren des Emissionsrechtehandels treffen und gemeinsam Regulierungsfragen und allgemeine politische Themen diskutieren.^[4]

Leiter des CMF ist [Andrei Marcu](#), mit dessen Hilfe nach Auffassung von "Corporate Europe Observatory" die CEPS eine der Architekten des EU-Emissionsrechtehandels geworden ist. Seine Posten als Präsident bei der [International Emissions Trading Association \(IETA\)](#), als Mitarbeiter bei dem [United Nations Development Programme \(UNDP\)](#) der Weltbank und der [Mercuria Energy Group](#), als CEO bei [BlueNext](#) und als Direktor beim [World Business Council for Sustainable Development \(WBCSD\)](#) machen in zu einem einflussreichen Strippenzieher.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

Studien zum Freihandelsabkommen TTIP

Das CEPS hat gemeinsam mit dem **Center for Transatlantic Relations** (CTR) in Washington, D.C., eine Reihe von Studien zu verschiedenen Aspekten des Freihandelsabkommens **Transatlantic Trade and Investment Partnership** (TTIP) erstellt. Damit sollen den TTIP-Verhandlungsführer sowie dem EU-Parlament, dem US-Kongress und einer breiteren Öffentlichkeit seriöse Informationen zu diesem Thema angeboten werden. Die niederländische Journalismus-Plattform The Correspondent kritisiert die Objektivität und Unabhängigkeit dieser Studien. Die Argumentation sei einseitig und weise jegliche Kritik am Freihandelsabkommen zurück. Weiterhin kritisieren die Niederländer, dass 53 der insgesamt 128 Mitglieder des CEPS selbst aktive Lobby-Arbeit für TTIP betreiben. Doch auch das CEPS selbst fördere den direkten Kontakt zwischen den Unternehmen und dem Handelskommissar. So veranstalteten sie beispielsweise ein Frühstücks-Event für die wichtigsten Beitragszahler und Ex-Handelskommissar Karel de Gucht. ^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Seit dem Jahr 2000 ist **Karel Lannoo** Geschäftsführer von CEPS.

- European Shadow Financial Regulatory Committee (ESFRC), Mitglied
- Bolsas y Mercados Espanoles SHMSF SA (Financial & Commodity Market Operators), Direktor
- European Credit Research Institute, Manager
- European Capital Markets Institute (ECMI) , Direktor
- Lannoo Uitgeverij Group, Direktor
- European Money Markets Institute (EMMI), Mitglied
- Fundacion Carlos Amberes, Mitglied

Quelle: ^[7]

Verwaltungsrat (Board of Directors)

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- [Joaquin Almunia](#) (Vorsitzender)
 - [European Policy Centre](#), Mitglied des Beirats
 - [Friends of Europe](#), Mitglied des Kuratoriums ("Board of Trustees")
 - ehem. EU-Kommissar
 - ehem. Vizepräsident der EU-Kommission
- [Caio Koch Weser](#)
 - ehem. Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (1999-2005)
 - Deutsche Bank, ehem. stellvertretender Vorstand (2006-2016)
- [Danuta Hübner](#)
 - Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP-Fraktion)
 - [Spinelli Group](#), Mitglied des Beirats
 - [Transatlantic Policy Network](#), Mitglied des „Steering Committee“

Mitglieder

Mitglieder sind zum einen etwa 189 Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Lobbyagenturen, die [hier](#) abrufbar sind. Zu ihnen gehören z.B.

- [Commerzbank](#)
- [Apple](#)
- [Shell](#)
- [Businesseurope](#)
- [AXA](#)
- [Google](#)
- [Brunswick Group](#)
- [Facebook](#)
- [Fleishman-Hillard](#)
- [Microsoft](#)
- [Siemens](#)
- [Volkswagen AG](#)

Hinzu kommen die [hier](#) abrufbaren institutionellen Mitglieder. Zu ihnen gehören z. B.

- [Bertelsmann Stiftung](#)
- [City of London](#)
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- [Friedrich Ebert Stiftung](#)
- [NATO Parliamentary Assembly](#)
- [VDA](#)

- [VCI](#)
- [Hanse Office](#)
- Vertretung des Landes Hessen bei der EU
- Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der EU
- Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU

Forschungsbereiche

Die Forschungsprogramme betreffen:

- Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik
- Energie- und Klimawandel
- EU-Außenpolitik
- Finanzinstitutionen und Märkte
- Justiz und Inneres
- Politik und Institutionen
- Regulierungsangelegenheiten
- Agrarpolitik

Quelle: ^[8]

Finanzen

Im Jahr 2021 kamen 50,6 % der Einnahmen aus Zuschüssen der EU. Die Mitgliedsbeiträge machten 16,93% des Budgets aus. Zu den Mitgliedern gehören Apple, ExxonMobile, Facebook, Microsoft, Google, Volkswagen, Commerzbank, Shell, EFTA, und die Deutsche Telekom. Der restliche Beitrag setzt sich aus Projekten mit privaten Organisationen (10,8%), Regierungen (7%) und Stiftungen (4%) zusammen. Zusätzliche Einnahmen generiert CEPS durch die Organisation von Projekten wie Idea Labs. Die genannten Einnahmen beinhalten jedoch nicht die Einnahmen der Projektpartner von CEPS. ^[9] Trotz der ausführlichen Prozentangaben ist im Jahresbericht von 2021 oder auf der Website nicht ersichtlich, von welchen Beträgen genau geredet wird. Im Jahr 2019 lagen das Budget allerdings bei 6,7 Mio Euro. Die Ausgaben für Lobbytätigkeiten 2019 beliefen sich auf 800.000 bis 899.999 Euro. ^[10]

Kurzdarstellung und Geschichte

Das CEPS wurde 1983 als Denkfabrik und Diskussionsforum für Themen mit EU-Bezug gegründet, in dem Vertreter der Wirtschaft, politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler aus ganz Europa zusammenarbeiten. Besonderer Fokus liegt auf der Bewältigung von europäischen Herausforderungen und Problemen, wie beispielsweise den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise, Migration und Datenschutz. Es verfügt über eigene Forschungskapazitäten mit über 70 Wissenschaftlern und ein weltweites Netzwerk von Partnerinstituten. Die Publikationen des CEPS sind [hier](#) abrufbar. Der größte Teil der Forschungsaufträge entfällt auf EU-Institutionen und nationale Regierungen. ^[11]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Thinking Allowed](#) Corporate Europe Observatory vom 05.07.2016, abgerufen am 10.03.2022
2. ↑ [CEPS Membership](#) ceps.eu, abgerufen am 10.03.2022
3. ↑ [About Us](#), ceps.eu, abgerufen am 11.03.2022
4. ↑ [CEPS Carbon Market Forum](#), ceps.eu, abgerufen am 11.03.2022
5. ↑ [Guide to corporate Lobbying](#), Corporate Europe Observatory Oktober 2013, abgerufen am 10.03.2022
6. ↑ [Pro-TTIP Think-Tanks](#), The Correspondent vom 15.01.16, abgerufen am 11.03.2022
7. ↑ [\[Karel Lannoo\]](#) globsec.org, abgerufen am 10.03.2022
8. ↑ [EU Transparenzregister](#), europa.eu/transparenzregister abgerufen am 11.03.2022
9. ↑ [Annual Report](#) Jahresbericht CEPS 2021, S. 34, abgerufen am 11.03.2022
10. ↑ [Lobbyfacts](#) lobbyfacts.de, abgerufen am 11.03.2022
11. ↑ [About CEPS](#), CEPS-Webseite abgerufen am 11.03.2022

American Chamber of Commerce to the European Union

Weiterleitung nach:

- [AmCham EU](#)